

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

10. Sitzung
1. September 2022

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 12.00 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0025](#)
Vorstellung der Studie „Berlin Paris-konform [UVK](#)
machen“
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörenden begrüße ich nochmals ganz herzlich Herrn Prof. Dr. Bernd Hirschl. Ich darf feststellen, dass auch Sie mit den Liveübertragungen der Sitzung einverstanden sind.

Dr. Bernd Hirschl (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung – IÖW –): Ja, sehr gerne!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll angefertigt werden soll. – Ich sehe Nicken. Welche Fraktion möchte die Begründung des Besprechungsbedarfs übernehmen? – Keine. Gut! Dann machen wir weiter. Ist eine einleitende Stellungnahme des Senats gewünscht? – Frau Senatorin, bitte!

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK): Ich würde gern nachher für den Senat etwas sagen, aber ich glaube, nach meinem hohen Redeanteil ist es jetzt Zeit, dass Herr Hirschl zu Wort kommt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Senatorin! – Dann kommen wir zur Anhörung. Ich möchte nun dem Anzuhörenden Herrn Prof. Dr. Hirschl das Wort geben. Wir hatten vorab vereinbart, dass Ihnen für Ihre Stellungnahme 15 bis maximal 20 Minuten zur Verfügung stehen. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. – Sie haben das Wort, bitte schön!

Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Senatorin! Frau Staatssekretärin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete und alle anderen, die hier sind! Vielen Dank für die Einladung und Ihr Interesse an der Studie! Wir leben in Zeiten, in denen Studien, die ein Jahr alt sind, möglicherweise schon gar keine Aktualität mehr haben. Das ist bei unserer Studie zum Glück nicht der Fall. Trotz der Ereignisse hat sie an Aktualität nicht verloren, sondern eher gewonnen, und das Interesse ist erfreulicherweise nicht nur bei Ihnen gegeben, sondern auch in der Welt drumherum. Ich habe nicht nur hier in Berlin schon sehr viel und sehr oft über die Studie berichten dürfen, sondern auch überregional ist das als beispielhafte Studie für eine urbane Energiewende sehr breit rezipiert worden, auch weil wir einen neuen Ansatz gewählt haben. Den werde ich Ihnen jetzt auch nebenbei vorstellen. – Da kommt jetzt die Einblendung. Sie sehen dort hinten etwas aus den Tiefen des Raumes. Vielleicht kann man nicht jedes Detail erkennen, deswegen werde ich das an der einen oder anderen Stelle beschreiben, aber vielleicht hat der eine oder die andere schon in die Studie hineingeschaut.

Raus aus der Komfortzone, rein in die Konflikte! Wege zu einem klimaneutralen Berlin



Ausgewählte Ergebnisse der Studie Berlin Paris-konform machen



01.09.2022

UVK Ausschuss, Berliner Abgeordnetenhaus

Prof. Dr. Bernd Hirschl
IÖW – Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung, Berlin
und
BTU Cottbus-Senftenberg

i | ö | w

Ich habe den Vortrag überschrieben mit etwas, was Frau Senatorin eben schon mehrfach erwähnt hat, und auch angelehnt an Greta Thunberg, die richtigerweise gesagt hat: Wir müssen aus der Komfortzone raus. Da meinte sie einerseits uns als Verbraucherinnen und Verbraucher, andererseits gilt es genauso und ganz besonders für die Politik, und es gilt im Übrigen auch für die Wissenschaft, die es sich teilweise ein bisschen einfach gemacht hat. Darauf werde ich nachher im methodischen Teil ein bisschen eingehen. Es sich einfach zu machen, heißt natürlich, dass man Konflikten aus dem Weg geht, und das werden wir uns in Zukunft nicht mehr leisten können. Das haben die letzten beiden Bundesregierungen mit großer Eleganz zehn Jahre hinbekommen, auch in Berlin ist man sehr vielen Konflikten aus dem Weg gegangen. Wir haben gerade eben schon ein Thema angesprochen, Geothermie, wo sehr wenig passiert ist und wo es jetzt endlich einen Schritt weitergeht. Ich komme auch noch auf eine Reihe von anderen Konflikten zu sprechen.

Kurzvorstellung Prof. Dr. phil. Dipl.-Ing.-Oec. Bernd Hirschl



- **Leiter der Abteilung Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung IÖW (GmbH, gemeinnützig), Berlin**

i | ö | w

- seit 1985 Forschung und Politikberatung für nachhaltiges Wirtschaften
 - Standorte Berlin und Heidelberg, über 60 Mitarbeiter/innen aus Wirtschafts- und Sozial-, Ingenieur- und Naturwissenschaften
 - Langjährige Erfahrungen in der Analyse, Entwicklung und Bewertung von Innovationen und Märkten sowie politischen Instrumenten und Klimaschutzstrategien
 - Unabhängig, 100% durch Drittmittel finanziert; überwiegend öffentliche Auftraggeber
 - www.ioew.de
 - Infoseite [Prof. Hirschl IÖW](#)
- **Leiter Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungssysteme an der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg (Lausitz)**

b-tu

- Website Fachgebiet: <https://www.b-tu.de/fg-energieversorgungsstrukturen>
- Infoseite [Prof. Hirschl BTU](#)

- **Ausgewählte Funktionen**

- Sprecher des [Berliner Klimaschutzrates](#)
- Mitarbeit im [Akademienprojekt Energiesysteme der Zukunft ESYS](#)
- Projektleiter vieler Forschungs- und Beratungsprojekte, u. a. Studie „Berlin Paris-konform machen“ beauftragt vom Land Berlin sowie aktuell Entwicklung des Brandenburger Klimaplanes beauftragt vom Land Brandenburg

2

i | ö | w

In Ergänzung zu meiner Vorstellung: Ich bin parallel auch in der Lausitz tätig, in Brandenburg an der Brandenburgischen Technischen Universität. Ich komme vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung – IÖW – aus Berlin und bin aktuell in dieser Legislatur wieder im Berliner Klimaschutzrat tätig und dort auch wieder als Sprecher bestätigt worden. – Die Übersicht lasse ich mal weg und steige gleich mit dem Steckbrief ein.

Steckbrief zur Studie Berlin Paris-konform machen



- **Beauftragung durch Land Berlin, vertreten durch SenUVK**
- **Zentrale Aufgabe: realistisch-plausible Szenarien für 2030/40/50 (Verständnis Klimaneutralität = mind. 95% CO₂-Reduktion), Strategien und Maßnahmen**
- **Laufzeit 5/2020 bis 9/2021**

– **Bearbeitung**

- **Hauptauftragnehmer:**



i | ö | w

INSTITUT FÜR
ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Schwerpunkte: Leitung, Gebäude, Wirtschaft, Haushalte

- **Unterauftragnehmer**



Energie, Bilanzen
Gebäudemodell



Verkehr



Gebäudemodell

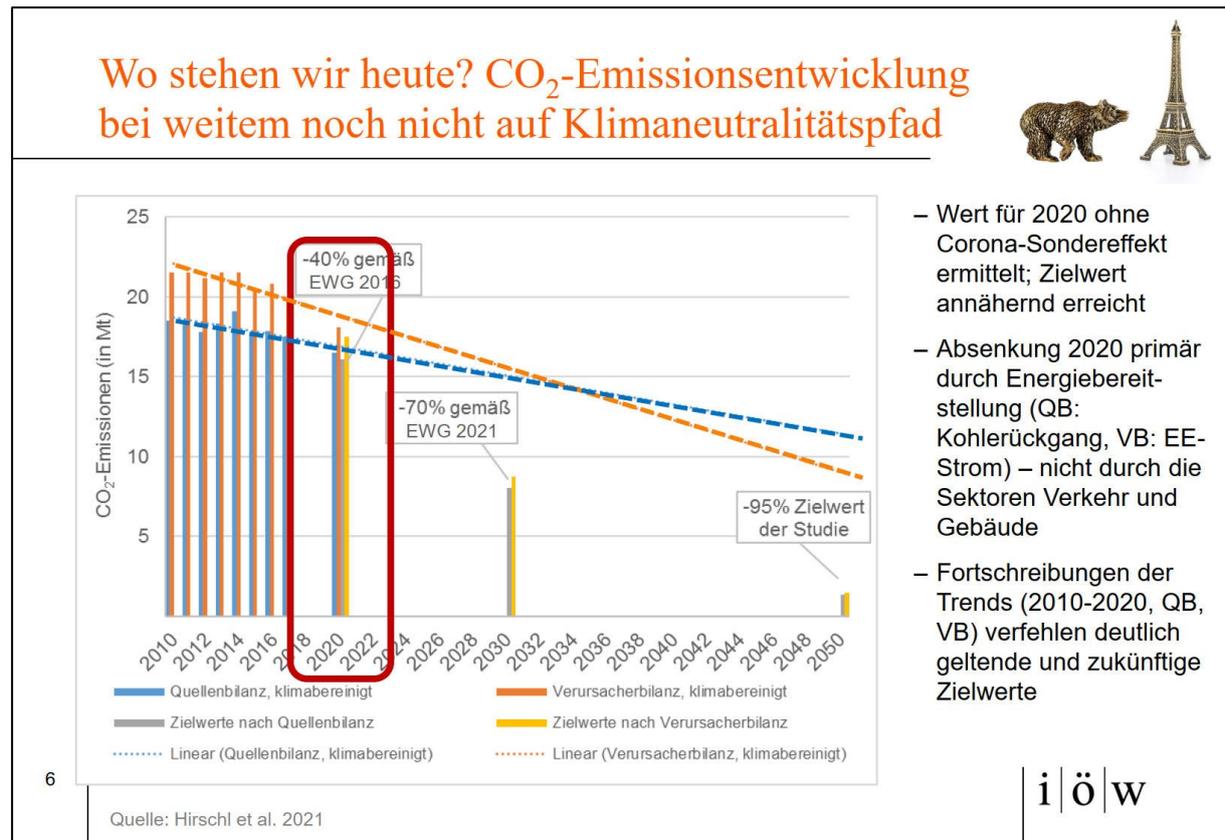


Veranstaltungen

5

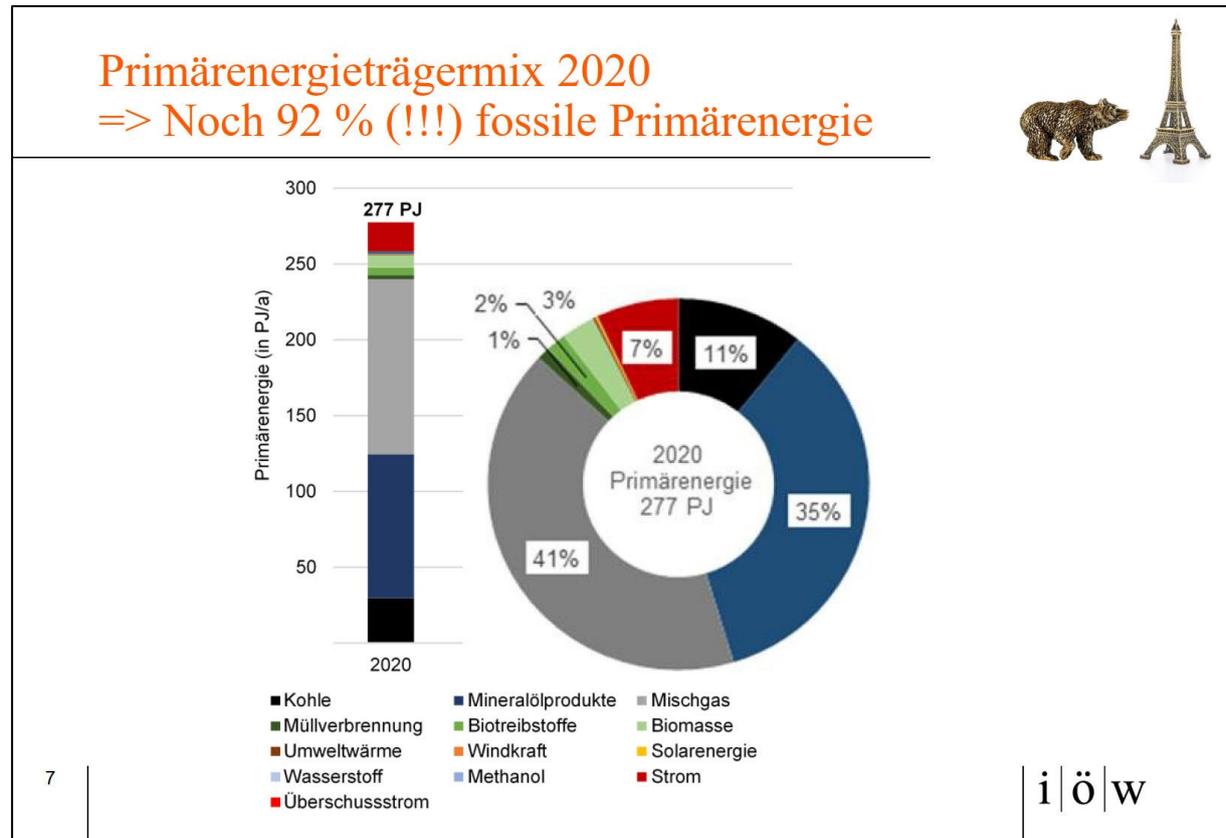
i | ö | w

Es war eine sehr umfangreiche Studie mit einer ganzen Reihe von Partnern, die Sie da unten sehen, die die verschiedenen Sektorexpertisen abdecken, weil wir in allen Sektoren klimaneutral werden müssen. Wir haben da nicht frei agiert und uns selbst irgendwelche Szenarien ausgedacht, sondern hatten einen Auftrag, der hier in Blau eingblendet ist. Das heißt, wir sollten unter den damaligen Bedingungen gucken – als der Auftrag erteilt wurde, war 2050 noch die Zielmarke, bis zu der man bundes- und auch europaweit klimaneutral werden wollte, das war das Langfristziel –: Was schaffen wir eventuell schon bis 2040, was kann man bis 2040 vorziehen, und was schaffen wir bis 2030? Wir sollten das realistisch-plausibel abbilden. Das ist schon ein Hinweis darauf, dass es gerade in der Zeit rund um 2019, 2020 eine ganze Reihe von Studien gab, die sehr theoretisch-technisch an diese Aufgabe herangegangen sind und gesagt haben: Na, wir rechnen das jetzt mal für 2035. – Dann bekommen Sie irgendwelche Werte raus, zum Beispiel für energetische Sanierungsraten, die aber bedeutet haben, dass Sie ab 2022 von unter 1 Prozent auf 5 Prozent Sanierungsrate kommen müssen. Mit solchen Studien – das war auch unsere Überzeugung – ist niemandem geholfen. Deswegen haben wir hier einen anderen Weg gewählt.



Zum Einstieg die Ausgangssituation, die CO₂-Entwicklung, die Sie hier sehen: Sie können in dieser Grafik die CO₂-Werte nach Quellen- und Verursacherbilanz 2010 bis 2017 sehen. Das war das statistische Datenmaterial, das uns zu der Zeit vorlag. Wir haben dann selbst für 2020 die Werte ermittelt, und zwar ohne den Coronasondereffekt. Wir hatten zur damaligen Zeit nicht die aktuelle Krise, sondern die damals vorherrschende und immer noch andauernde Coronakrise. Uns war klar, wenn wir das jetzt mit den statistischen Daten mit Corona berechnen, können wir keinen validen Trend ermitteln. Deswegen haben wir die Coroneffekte dort rausgerechnet. Dann kommt raus, dass wir 2020 in Berlin annähernd die Zielwerte von minus 40 Prozent gegenüber 1990 erreichen konnten. Ich habe hier in diese Abbildung schon die aktuellen Zielwerte des aktuellen Berliner Energiewende- und Klimaschutzgesetzes von minus 70 Prozent und den Zielwert , langfristig auf minus 95 Prozent runterzukommen, eingetragen.

Sie sehen – ich mache gleich mal die Trendkurven hier dick, das ist nach der Quellen- und Verursacherbilanz die jeweilige Fortschreibung – ganz eindeutig: Wir werden diese Ziele nicht von alleine erreichen. Wir sind nicht auf einem Klimaneutralitätspfad. Die Lücke ist ziemlich groß, und insofern ist das die Aufforderung zu handeln. Da, wo es recht erfreulich in der Entwicklung runtergeht, ist es nicht so, dass wir uns auf die Schulter klopfen können, dass das besonders erfolgreiche Klimaschutzpolitik ist, sondern da steckt der Kohleausstieg drin – ja, das ist schon gut –, da stecken auch die Erneuerbaren in der Verursacherbilanz drin, aber da steckt noch kaum etwas drin aus dem Gebäudebereich. Das ist mehr oder weniger gleich geblieben. Wenn man auf den Verkehrsbereich schauen würde, haben wir eher eine ansteigende Entwicklung. Das heißt, das sind die Sektoren, die uns Probleme bereiten. In allen Sektoren müssen wir eine Schippe drauflegen und hier ganz besonders.



Wenn wir uns die Situation der Energieträger angucken – die Säule kommt nachher noch, dann haben Sie die schon einmal gesehen, bei einer Torte kann man immer ein bisschen besser einschätzen, wie die Quantitäten so verteilt sind –, haben wir, Stand 2020, bei der Energie, die wir einsetzen, noch 92 Prozent fossile Primärenergie. Das sollten Sie auf dem Schirm haben. Das ist das Ambitionsniveau. So starten wir. Der Weg ist noch weit. Wir haben im Verkehrsbereich, aber auch im Wärmebereich noch überwiegend Mineralöl drin. Wir haben eine ganze Menge Erdgas, über 40 Prozent in den verschiedensten Bereichen. Das ist hier als Mischgas ausgedrückt, denn da sind auch schon ein bisschen biogene Anteile drin. In Zukunft soll sich dieser Mix ja radikal verändern in Richtung synthetische Gase, aber Stand heute ist das überwiegend Erdgas. Wir haben auch noch Kohle und Strom mit drin, und die verschiedenen Grünschattierungen sind derzeit gerade mal 8 Prozent. Der Weg ist also noch weit. Wir haben viel zu tun, und wir müssen deswegen schnell handeln.

Methodik der Szenarienerstellung: restriktionsbasierter Ansatz



- **Szenario 2050: Wie kann ein klimaneutrales Berlin in rd. 30 Jahren aussehen – mehr oder weniger OHNE Restriktionen?** („Maximalszenario“ KnB 2050)
- **Szenario 2030: Was lässt sich aus dem Langfristszenario maximal vorziehen – und was nicht, wenn man trotz großer Ambition reale Restriktionen / limitierenden Faktoren (Hemmnisse und Zielkonflikte) berücksichtigt?**
 - z.B. Milieu- und Mieterschutz, Investitions- bzw. Modernisierungszyklen, Personalmangel (Fachkräfte, Verwaltung), Genehmigungszeiträume, Verfügbarkeiten von u.a. grünem Wasserstoff/ -Pipelines, ...
 - Berücksichtigung von Hochfahr-/Anlaufphasen
 - Restriktionen verweisen gleichzeitig auf wichtige Maßnahmen zur Überwindung!!
- **Szenario 2040: kein einfacher Mittelweg, sondern Berücksichtigung „nicht-linearer“ Zusammenhänge in einzelnen Bereichen**
 - z.B. Entwicklung der Verfügbarkeit von H2/ grünen Brennstoffen
- **Ableitung von Strategie- und Maßnahmenempfehlungen erfolgt für das 2030er-Szenario – unter besonderer Beachtung der Beseitigung der Hemmnisse und Zielkonflikte**

9

i | ö | w

Wir haben – ich habe das angedeutet – bei der Erstellung des Szenarios einen Ansatz gewählt, der eben nicht irgendwas hinrechnet, um zu zeigen, was wir in den verschiedenen Bereichen an Elektromobilen, an energetischer Gebäudesanierung etc. brauchen. Wichtig ist, dass wir auf den Schirm nehmen, was da alles für Steine liegen, die wir erst einmal aus dem Weg räumen müssen. Dann gibt es natürlich Hochfahreffekte, Sie haben Verzögerungseffekte, und insofern haben Sie Restriktionen, die Sie berücksichtigen müssen. Wir haben einen solchen restriktionsbasierten Ansatz gewählt, der solche Hochlaufeffekte berücksichtigt.

Im ersten Schritt haben wir uns aber eine restriktionsfreie Welt angeguckt, das heißt die lange Perspektive 2050 als sogenanntes Maximalszenario. Bei der Perspektive gehen wir davon aus, dass wir all das, was ich Ihnen gleich schlaglichtartig als Restriktion benenne, bis dahin auch abgeräumt kriegen, und das heißt, für 2050 haben wir dann eine klimaneutrale Welt für Berlin aufzeigen können. Dann sind wir gleich möglichst nah an die Ist-Zeit gegangen und haben uns das Jahr 2030 vorgenommen und die Leitfrage gestellt: Was können wir bis dahin erreichen, wenn wir aus dem Langfristszenario so viel, wie geht, vorziehen und gleichzeitig diese Restriktionen, die ja limitierende Faktoren sind – also solche Hochlaufeffekte und Anlaufphasen –, berücksichtigen? Das sind solche Themen wie Mieterschutz. Wir diskutieren im Moment über die Frage: Wie kriegen wir ausreichend sozialverträglichen Wohnraum hin? Wir dürfen dabei aber den Klimaschutz nicht vergessen. Eine Blaupause für uns war damals die Debatte um den Mietendeckel. Als die Debatte losging, hat man das ausschließlich unter dem Aspekt Schutz der Mietenden diskutiert, und wir haben damals nicht nur vonseiten der Studie, sondern auch parallel über den Klimaschutzrat eingefordert, dass der Klimaschutz viel intensiver berücksichtigt werden muss. Insofern ist es im Verlauf der Referentenentwürfe dann auch stärker eingebracht worden, und am Ende gab es die Ausnahmen, dass man doch noch

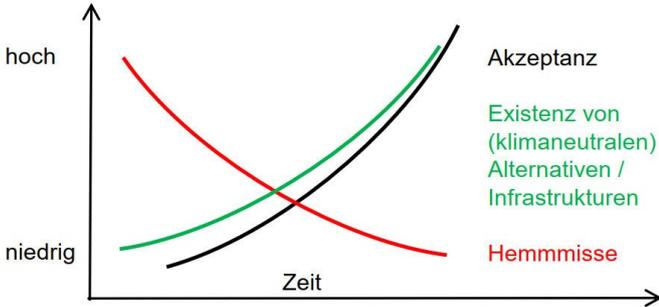
investieren und Maßnahmen genau für Klimaschutz und für Barrierefreiheit durchführen durfte. Das sind zwei ganz wichtige Ausnahmen gewesen, und das war sozusagen auch schon ein vorgezogener Klimacheck. Das ist das, was Sie sich jetzt vorgenommen haben, ein ganz wichtiges Instrument: Es darf keine maßgeblichen gesetzlichen Vorgaben mehr geben, ohne dass die Klimaschutzimpacts berücksichtigt werden. Das heißt nicht, dass man nichts ohne Klimaschutz machen darf, aber man muss es auf den Schirm nehmen. Wenn Sie Gesetze verabschieden, die hinsichtlich des Klimaschutzes kontraproduktiv sind, dann müssen Sie ausgleichende Maßnahmen ergreifen. Das ist wichtig. Dazu kommt noch der Milieuschutz. Wir haben die Milieuschutzgebiete, in denen auch so gut wie gar nichts läuft, das ist viel zu wenig. Wir müssen das auf den Schirm nehmen. Das ist ein Zielkonflikt, und wenn wir den nicht lösen, kommen wir nicht weiter. Wir haben Investitions- und Modernisierungszyklen. Das heißt, auch da können wir nicht sagen, morgen sollen alle Eigentümerinnen und Eigentümer dies und jenes machen, sondern es gibt Zyklen, an die das anzupassen ist, und so was muss man in Studien abbilden. Sie kriegen nicht von heute auf morgen alle heizölbetriebenen Heizungsanlagen aus den Kellern raus, sondern da sind Investitionszyklen zu berücksichtigen. Deswegen werden Sie so etwas auch 2030 noch haben.

Das Thema Fachkräfte – haben Sie heute auch schon angesprochen, Frau Senatorin hat es richtigerweise angesprochen – ist ein ganz wichtiges. Sie kriegen von heute auf morgen nicht die doppelte Anzahl von Fachkräften eingestellt. Die müssen Sie erst einmal gewinnen. Da haben Sie eine ganze Reihe von Vorlaufaktivitäten, bis Sie welche gewonnen und die ausgebildet und vor allen Dingen gut ausgebildet haben, um in solchen komplexen Tätigkeitsfeldern aktiv zu werden. Genehmigung, Planung – das sind alles Themen, die man berücksichtigen muss.

Methodik der Szenarienerstellung: restriktionsbasierter Ansatz



- **Szenario 2050: Wie kann ein klimaneutrales Berlin in rd. 30 Jahren aussehen – mehr oder weniger OHNE Restriktionen? („Maximalszenario“ KnB 2050)**
- **Szenario 2030: Was lässt sich aus dem Langfristszenario maximal vorziehen – und was nicht, wenn man trotz großer Ambition reale Restriktionen / limitierenden Faktoren (Hemmnisse und Zielkonflikte) berücksichtigt?**
 - z.B. Milieu- und Mieterschutz, Investitions- bzw. Modernisierungszyklen, Personalmangel (Fachkräfte, Verwaltung), Genehmigungszeiträume, Verfügbarkeiten von u.a. grünem Wasserstoff/ -Pipelines, ...
 - Berücksichtigung von Hochfahr-/Anlaufphasen



Zeit

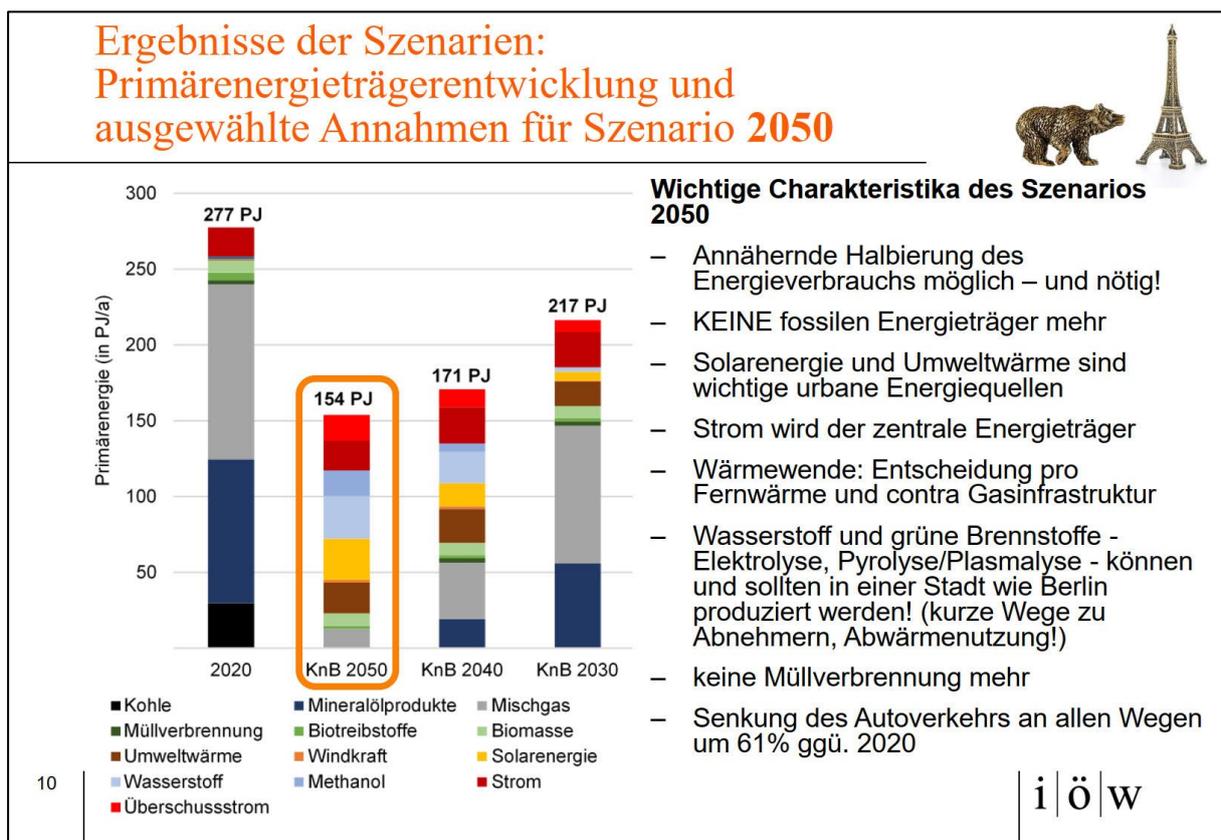
Schematische Darstellung der zeitverzögerten Entwicklung von Restriktionen

Quelle: eigene Grafik

8i | ö | w

Das ist jetzt eine vereinfachte Grafik. Logischerweise braucht der Abbau von Hemmnissen Zeit. Auch der Aufbau von Alternativen, von Infrastrukturen, braucht Zeit, und damit wächst auch die Akzeptanz. Diese Kurve zeigt nur, dass Sie diese Zeiteffekte auch in Szenarien berücksichtigen müssen, wenn diese für die Politikberatung irgendetwas taugen sollen. Insofern geht es, wenn wir uns diese Restriktionen angucken, nicht darum, zu sagen, was alles nicht geht, sondern ganz im Gegenteil: Da haben wir den Finger in der Wunde und können direkt daraus die Maßnahmen ableiten, was zu tun ist, um diese Hemmnisse zu überwinden.

2040 haben wir als drittes Szenario gerechnet, und das ist nicht einfach nur ein Mittelwert aus 2030 und 2050, sondern da gibt es eine ganz Reihe von sogenannten nichtlinearen Effekten. Das Thema Infrastrukturen ist ein wichtiges Beispiel. Sie bauen eine Infrastruktur nicht einfach linear auf, sondern die ist ab einem gewissen Punkt einsatzfähig und kann dann erweitert werden. Da haben Sie sogenannte nichtlineare Effekte, die wir in unserem Szenario 2040 abgebildet haben. Wir haben dann in der Studie Strategien und Maßnahmen empfohlen, und die haben wir ausdrücklich nur für das ambitionierteste Szenario, unser 2030er-Szenario, empfohlen. Für uns galt die Maxime. Wir wollen diese Empfehlungen für die aktuelle Legislatur, für die kurze Frist, und wir müssen letzten Endes auch das ambitionierteste Szenario erreichen, das war uns am Ende klar.

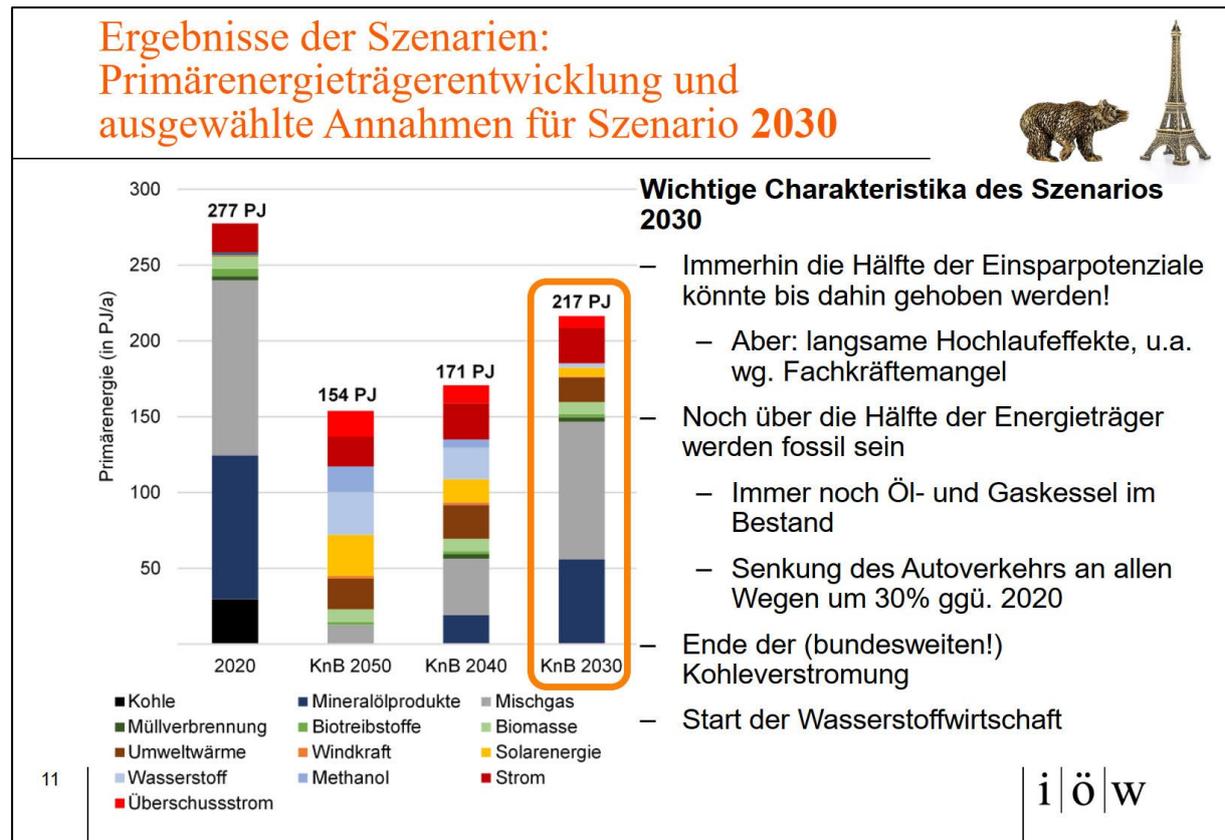


Damit komme ich auf die Primärenergieergebnisse für diese Szenarien. Den linken Balken kennen Sie schon, das ist die Situation 2020. Dann sehen Sie – bewusst andersrum gereiht, zuerst den niedrigsten – das Szenarioergebnis für 2050, also unser Langfristszenario, dann 2040 und 2030. Das ist keine Zeitreihe, was Sie hier sehen. Wir haben hier unterschiedliche

Ambitionsniveaus. 2030 haben wir deutlich höhere Ambitionen, und das bildet sich dementsprechend in dem Szenario auch ab, aber wir erreichen bis dahin nicht alles.

Was ich Ihnen jetzt näherbringen möchte, sind ein paar Besonderheiten, ein paar Highlights, die diese Szenarien prägen, die auch die Studie ein Stück weit von anderen Studien, die es zu diesem Thema gibt, abheben. Da gucken wir erst einmal auf die lange Frist. Was zunächst einmal wichtig ist: Wir müssen enorm einsparen. Ohne Einsparungen kriegen wir das Ganze nicht hin, weil wir einfach nicht genügend Erneuerbare haben, und wir werden sie auch langfristig nicht in der Menge haben, dass wir das heutige Energieverbrauchs-niveau befriedigen können, und vor allen Dingen würden wir auf der Strecke bis dahin viel zu viel CO₂ ausstoßen. Das heißt, wir müssen in allen Bereichen Einsparungen vornehmen. Es gibt aber auch ein paar gute Nachrichten. Wenn Sie zum Beispiel den Antriebswechsel im Verkehrsbereich von fossilen Verbrennern auf Elektromobilität vornehmen, haben Sie allein schon durch den Technologiewechsel eine enorme Effizienzverbesserung, enorme Einsparungen, weil die Kraftstoffverbrennung enorm ineffektiv ist. Wir werden dann keine fossilen Energieträger mehr haben – das ist, glaube ich, trivial, das weiß mittlerweile jeder. Für eine Stadt wie Berlin sind die Erneuerbaren Solarenergie und Umweltwärme die wichtigsten Quellen. Wir haben auch Windenergiepotenziale, die wir heben müssen, aber das wird es bei uns nicht reißen. Das heißt, in der Stadt sind es die Solarenergie und die Umweltwärme. Geothermie haben wir eben schon angesprochen, und weitere Umweltwärme muss hier konsequent genutzt werden. Strom wird der wichtigste Energieträger werden.

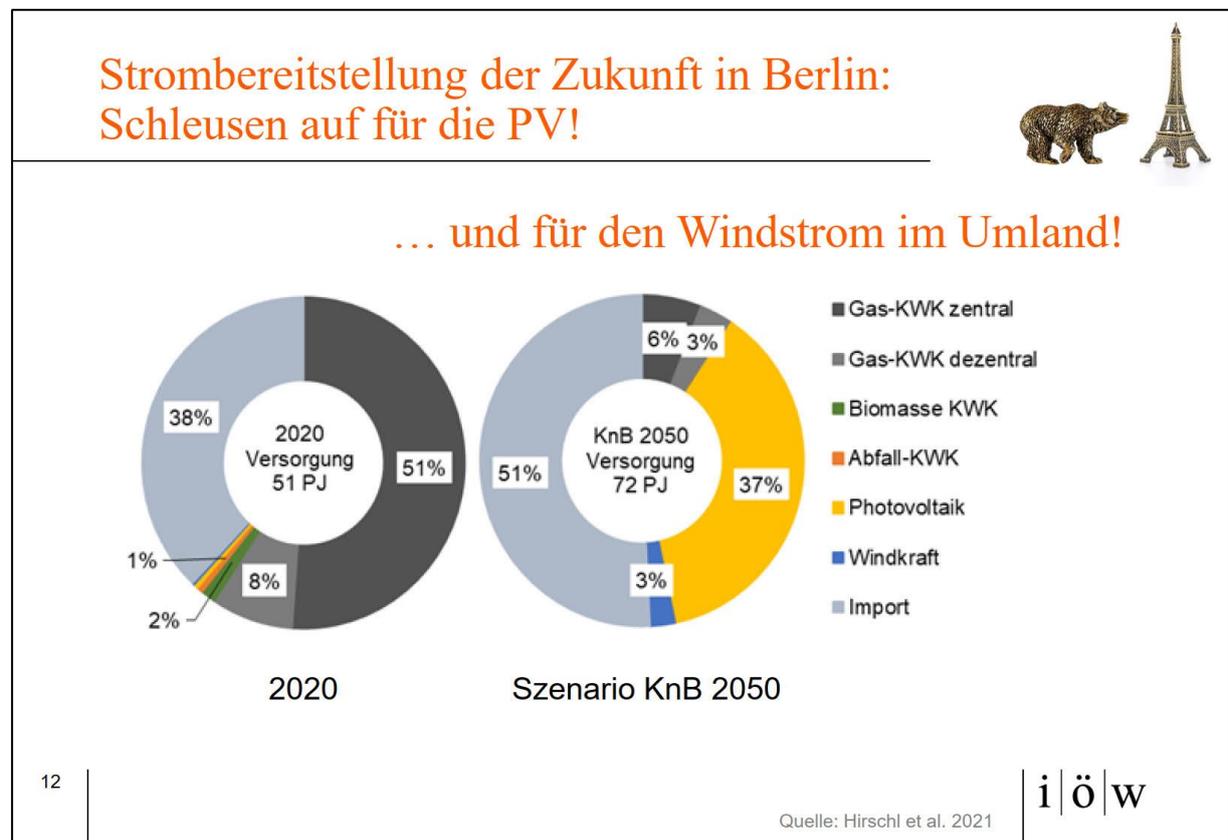
Bei der Wärmewende haben wir eine Entscheidung getroffen, die in vielen Studien davor so nicht getroffen wurde. Da kommt man noch aus der Welt des Wettbewerbs und sagt: Wir müssen alle Wärmequellen gleichberechtigt nutzen, und das wird auch längerfristig so sein. – Wir haben gesagt: Nein, wir werden die Gasinfrastruktur massiv zurückbauen, und es wird die Fernwärme sein, die überwiegend als Sammelnetz die erneuerbare Wärme und die Abwärme in der Stadt zusammenführen muss. Natürlich brauchen wir weiterhin die Gasinfrastruktur, aber konzentriert. Sie muss auf Wasserstoff umgebaut werden, und sie wird nicht mehr jede einzelne Hausanschlussstelle beliefern können. Wasserstoff – habe ich schon angesprochen – ist wichtig, aber es ist eher eine Art Champagner, als dass es das Mineralwasser wird. Das ist einfach so, weil er auch in der Zukunft knapp sein wird, und insbesondere für die kurze bis mittlere Frist können Sie den grünen Wasserstoff auch noch nirgendwo kaufen. Wir haben in der Studie eine zweite wichtige Erkenntnis gehabt: Wir brauchen den Wasserstoff, aber wir teilen die Ansicht nicht, dass so etwas möglichst großskalig zentral an Offshorstandorten irgendwo außerhalb produziert werden muss, sondern es soll da produziert werden, wo es auch verwendet wird, weil der Transport ein Riesenproblem ist und weil diese Anlagen, egal ob Sie Elektrolyse, Plasmalyse oder Pyrolyse nehmen – das sind alles sehr wichtige Technologien – eine Menge Abwärme erzeugen. Diese Abwärme muss genutzt werden und muss und kann dann in Fernwärmenetze eingespeist werden. Das heißt, wir sind der absoluten Überzeugung, dass diese Technologien gerade in einer Stadt wie Berlin sehr sinnvoll anzusiedeln sind, und deswegen haben wir sie auch entsprechend modelliert. Wir werden dann keine Müllverbrennung mehr haben, weil wir diese Abfallstoffe in Zukunft als Rohstoffe brauchen. Insofern reichen die Mengen nicht mehr aus, um damit signifikant zu verbrennen. Wie gesagt, das ist die lange Frist 2050. Hier ist noch ein Detail zum Autoverkehr, wo wir die Wege drastisch reduzieren, aber natürlich werden wir am Ende auch noch einen Autoverkehr haben, der dann überwiegend elektrisch betrieben werden muss.



Damit switche ich auf 2030. Sie sehen, die Säule ist nicht nur höher, sondern sie beinhaltet auch noch mehr fossile Energieträger. Das heißt, da ist noch eine Menge an Erdgas drin, das wir bis dahin nicht wegstreichen, da ist auch noch eine Menge an Öl drin, aber immerhin, um es positiv zu sagen, sollten wir bis dahin die Hälfte der Einsparungen realisiert haben. Das heißt, wir müssen schon eine ganze Menge im Verkehrsbereich umgestellt haben. Wir müssen in den Umweltverbund eingestiegen sein. Wir müssen die Verbrenner reduziert und durch Alternativen ersetzt haben. Wir müssen im Bereich der energetischen Gebäudesanierung die entsprechenden Hochlaufeffekte hinbekommen. Das heißt, bis dahin müssen über 2 Prozent pro Jahr saniert werden, um diese Einsparungen zu realisieren. Wir haben, wie gesagt, in diesem Szenario die Hochlaufeffekte, so was wie Fachkräftemangel. Wir haben auch Zahlen darüber erhoben. Wenn Sie in die Studie gucken, finden Sie zu verschiedenen Bereichen – Solarthermie, Wärmepumpen – Zahlen, die Ihnen offenlegen, wie wir in der Vergangenheit mit hohen Nachfragen umgegangen sind und wie es auch in Zukunft realistisch ist, was diese Fachkräfteseite angeht. Was wir sehen, ist aber: Über die Hälfte der Energieträger wird bis dahin noch fossil sein, und man muss der Ehrlichkeit halber auch sagen: Selbst wenn wir im Neubau ein absolut sinnvolles und notwendiges Verbot, zum Beispiel für Ölheizungen, aussprechen, dann werden wir sie im Bestand noch haben. Es werden, Stand heute, in diesem Jahr immer noch Ölheizungen eingebaut. Das wird hoffentlich weniger. Auch bei Erdgas setzt angesichts der aktuellen Ereignisse ein Umschwenken ein, aber das war bis zum letzten Jahr nicht so, und die Dinger laufen nun mal ein paar Jahre. Das heißt, Sie können mit entsprechenden Förderprogrammen den Leuten sehr viel Geld hinterherschmeißen, damit sie die nach zehn Jahren oder acht Jahren ausbauen, aber das kommt an Grenzen. Wir werden die Mittel, die auch knapp sind, sinnvoller einsetzen müssen. Insofern haben Sie die Dinger 2030 noch in großer Zahl, zum Beispiel in den Haushalten mit drin. Auch bei den Verbrennerautos

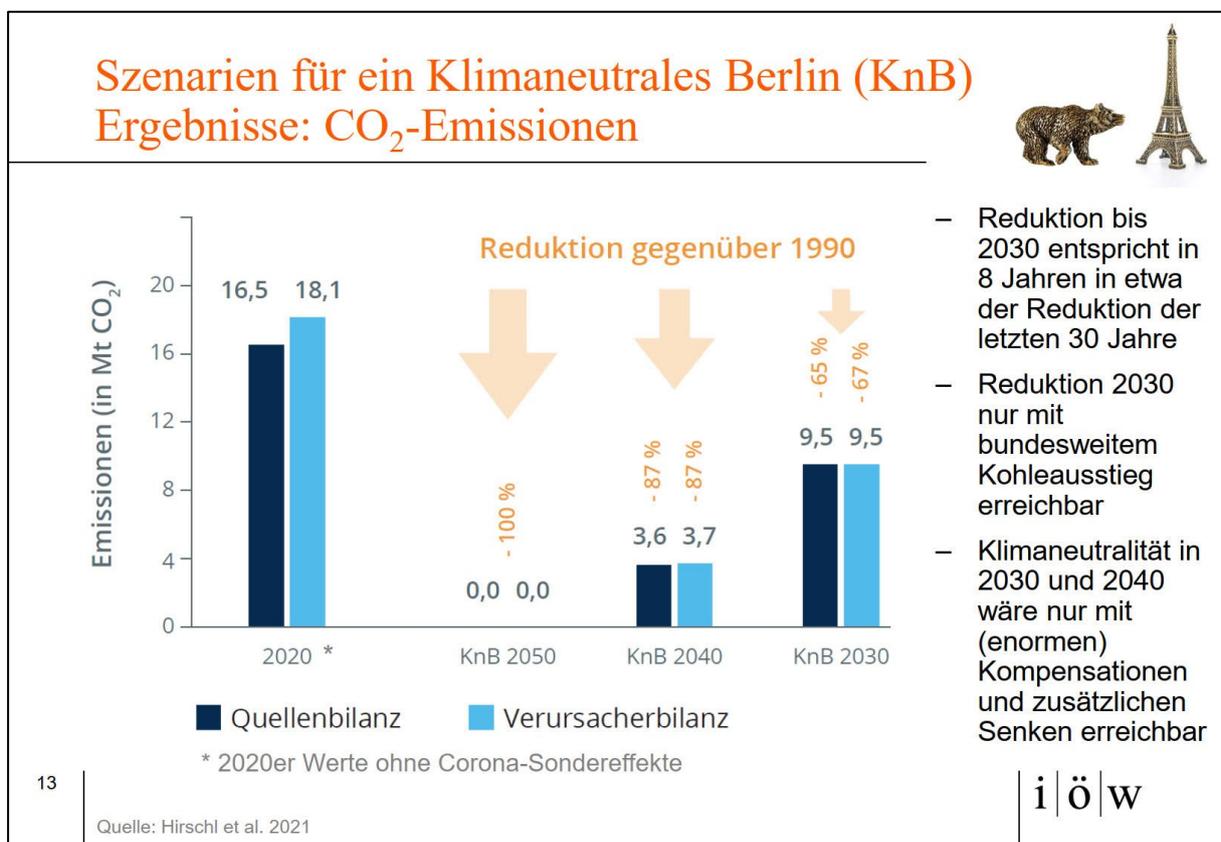
wird man über den Neubau, über Zero-Emission-Zones regulativ steuernd eingreifen, aber es wird im Bestand immer noch einiges an diesen Autos herumfahren.

Dass wir nicht ambitioniert sind: Wir haben viel mit vielen, gerade zivilgesellschaftlichen Akteuren über dieses Szenario diskutiert, und Sie wissen, es gibt auch Menschen, die sagen, wir müssen es einfach bis 2030 schaffen. Wir sind sehr ambitioniert in diesem Szenario, davon bin ich überzeugt. Ein Ambitionsniveau sei hier einmal hervorgehoben: Wir haben eingepreist, dass wir bundesweit den Kohleausstieg nach wie vor bis 2030 schaffen. Wir müssen ihn nach diesem Szenario schaffen, wir sind da im Moment in einer ziemlichen Stressphase, aber es gibt immer noch sehr viele wissenschaftliche Kollegen an meiner Seite, die sagen, wir können es auch unter den gegenwärtigen Bedingungen immer noch schaffen. Die Wasserstoffwirtschaft geht los, aber die ist bis 2030 noch nicht so weit entwickelt, dass wir sagen können, da stehen schon alle Pipelines, da werden alle Kraftwerke versorgt, und wir kriegen den Wasserstoff auch tatsächlich irgendwoher geliefert. Das wird bis zu diesem Zeitpunkt nicht in dem Umfang der Fall sein.



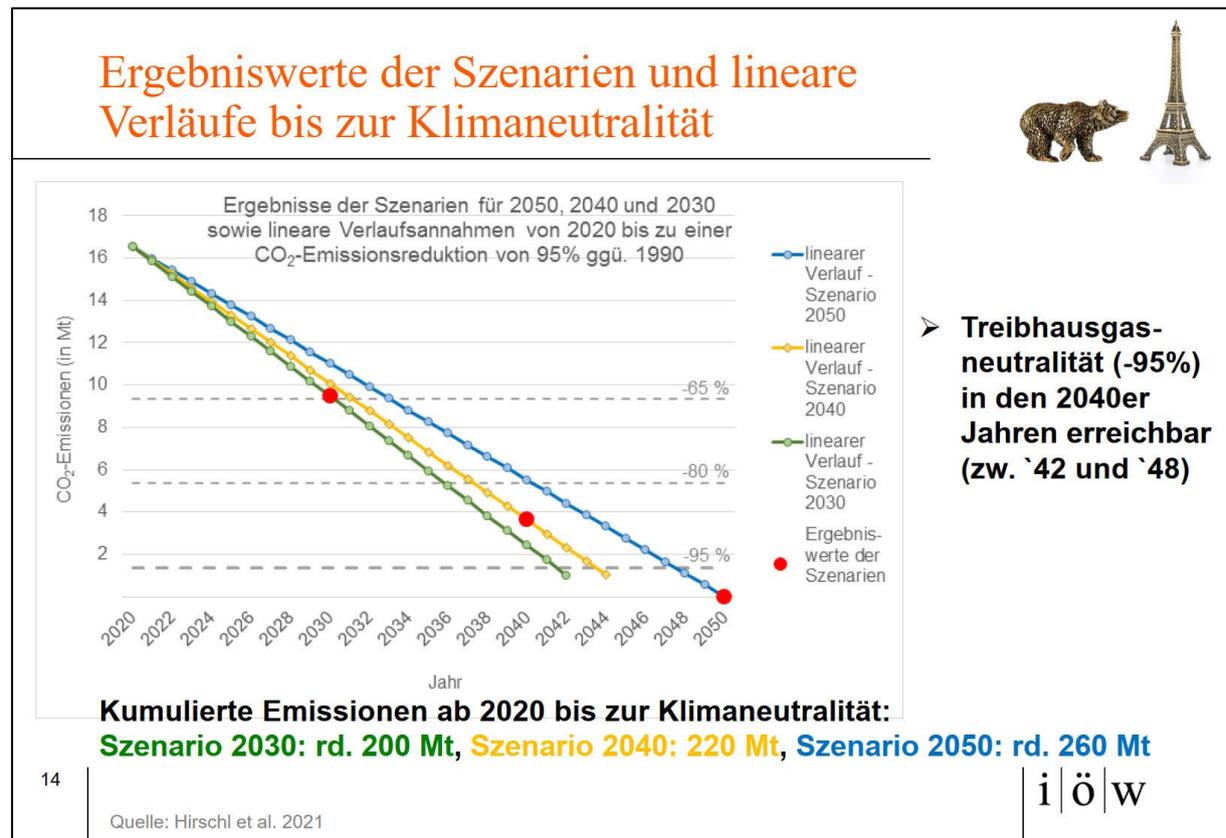
Noch ein Schlaglicht auf die Stromseite – ich hatte die Solarenergie angesprochen –: Links ist die Torte, die Ihnen zeigt, wie das heute aussieht. Wir haben überwiegend gasbasierte Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Das sind große oder dezentrale BHKW und noch sehr wenig an bunten Eingängen in den Strombereich, und wir haben 38 Prozent Import. Wir werden in Zukunft einen sehr großen gelben Bereich haben, das ist die Photovoltaik. Wir sind in unserer Studie sogar davon ausgegangen, dass wir mehr als die 25 Prozent erreichen, die im Moment aus unseren alten Studien kommen und die die Politik erfreulicherweise übernommen hat. Wir haben mit der neuen Studie aufzeigen können, dass wir sogar noch mehr Potenziale ha-

ben. Wir gehen von über 30 Prozent aus. Über 50 Prozent wird Berlin dann aber in Zukunft importieren, und das ist überwiegend Windstrom aus dem Umland. Das heißt, Berlin muss hier auch einen Perspektivwechsel einnehmen und sich mit darum kümmern, dass in Brandenburg umwelt- und sozialverträglich mit finanzieller Teilhabe, so, dass es auch für die Menschen vor Ort akzeptabel ist, Windenergie zugebaut wird. Diejenigen, die Windenergie brauchen, sind bald nicht mehr die Brandenburger, die haben schon die 100 Prozent für sich selbst erreicht. Selbst wenn die Industrie da noch ein bisschen ansteigt, schafft Brandenburg das locker. Die sollen aber nicht aufhören damit, die müssen auch Berlin mitversorgen, das heißt, die Berlinerinnen und Berliner brauchen den Windstrom im Winter. Das ist unser Bedarf, und der muss aus dem Umland kommen. Deswegen müssen wir mit dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen so sind, dass es auch zum Nutzen für Gesellschaft und Umwelt erfolgen kann.



Was erreichen wir damit am Ende in Bezug auf CO₂? – Wir werden die Emissionen nach dem Szenario 2030 bis 2030 halbieren können, aber es bleibt noch einiges übrig. Das heißt, wir kommen auf 9,5 Megatonnen CO₂ – hier sind wieder beide Bilanzierungsmethoden, Quellenbilanz und Verursacherbilanz aufgeführt – bis 2040. In diesem 2040er-Szenario erreichen wir einen Wert, der so ungefähr auch im Bundesklimaschutzgesetz drin ist. Nach Bundesklimaschutzgesetz wollen wir bundesweit bis dahin auf minus 88 Prozent kommen. Das schaffen wir in Berlin auch. Langfristig – das ist die positive Nachricht, Sie wissen, die Vorgabe und das, was die Politik sich vornimmt, war minus 95 Prozent – gehen wir davon aus, dass wir minus 100 Prozent schaffen, und das ist auch wichtig, weil wir diese 5 Prozent senken, die in den minus 95 Prozent quasi noch mit drinstecken. Wenn Sie minus 95 Prozent anstreben, bleiben 5 Prozent übrig, und da geht man davon aus, dass das über bundesweite Senkenwir-

kung erreicht wird, also dass wir uns sozusagen noch die Senkenleistung des Schwarzwalds mit anrechnen lassen oder irgendwelche Senken, die in Brandenburg vorhanden sind. Wir machen im Moment auch das Gutachten für den Klimaplan in Brandenburg. Brandenburg wird diese Senkenleistung nicht erbringen können. Die werden nicht mal für sich selbst genügend Senkenleistung erbringen können, um die Emissionen aus der Landwirtschaft zu kompensieren. Das heißt, wir werden uns in allen anderen Sektoren keine Restemissionen erlauben können. – Die qualitative Einordnung dessen spare ich mir mal.



Wenn wir uns diese drei Szenarien anschauen und die Frage stellen, wann wir mit dem Szenario 2030, das wir ermittelt haben, und wenn wir, vereinfacht, einen linearen Verlauf annehmen, die Klimaneutralität erreichen – das Gleiche für das Szenario 2040, Sie sehen ganz unten diese minus 95 Prozent eingezeichnet –, dann sieht man, dass man es mit diesen Szenarien, die wir erstellt haben, – ich sage es mal ganz pauschal – in den Dreißigerjahren nicht schafft, aber in den Vierzigerjahren wird man es schaffen. Anfang bis Ende der Vierzigerjahre sind so die Zielwerte, wo die Kurven dann jeweils diese minus 95 Prozent schneiden. Das heißt, wenn man das Szenario, das wir für 2030 generiert haben, verfolgt, kann man bis Anfang der Vierzigerjahre auch in Berlin klimaneutral werden. Das schaffen wir aber nur, wenn der Bund in gleicher Form mitzieht. Berlin wird nicht schneller klimaneutral als der Bund, dazu haben wir zu viele Abhängigkeiten von außen. – Für die Budgetinteressierten habe ich hier unten auch die Budgetwirkung mal ausgerechnet, aber das lasse ich in Anbetracht der Zeit weg und komme zu dem Thema Strategien und Maßnahmen. Das ist das letzte Thema, dann bin ich am Schluss.

Übergreifende Strategien und Maßnahmen für den Pfad zur Klimaneutralität (Auswahl)



- **Energiewende (BEK) 2.0 in allen Bereichen / Handlungsfeldern auf Klimaneutralität ausrichten**
- **Neue Klima-Governance-Architektur für Berlin**
 - Klimaneutralität definieren und verankern: **Klimasenat, Sektorziele, regelmäßiges Nachsteuern**, sektorale Gremien zur Lösung von Zielkonflikten, **Bürger/innenrat, Personalkapazitäten, Vorbildwirkung ausbauen, Bezirke stärken, Kooperation mit Brandenburg ausbauen, Klimaneutrale Partnerschaften**, ...
- **Hemmnisse und Zielkonflikte in allen Sektoren / Ressorts konsequent(er) adressieren - und lösen**
 - Energetische Sanierung vs. Mieter/Milieuschutz, Geothermie vs. Trinkwasserschutz, Auto vs. Umweltverbund ...
- **Aus- und Weiterbildungsoffensive, Forschungsoffensive**
- **Senken stärken/aufbauen, Kompensationsstrategie entwickeln**
- **Vollen Instrumentenmix nutzen – (mehr) fördern und fordern**
- **Bundesebene muss klimaneutralen Rahmen schaffen (EE-Ausbau, Flexibilität, GEG, ...) – oder auf Landesebene ermöglichen**

✓ Im RGR-Koalitionsvertrag enthalten / angesprochen

16

i | Ö | W

Wir müssen alle Instrumente, die wir gegenwärtig noch haben, die Klimaschutzinstrumente heißen, die mit Klimaschutz und Energiewende überschrieben sind, auf Klimaneutralität ausrichten. Das hat tatsächlich eine neue Qualität. Wir brauchen dafür eine andere politische Aufstellung. Einiges davon ist schon umgesetzt. Ich blättere jetzt gleich mal die gesamte Seite auf und nehme die nächste. Ich habe mir mal all diese Empfehlungen – Sie finden hinter jedem Stichwort, das hier genannt ist, zum Beispiel Klimasenat oder Personalkapazitäten, in der Studie ausformulierte detaillierte Empfehlungen – vor dem Hintergrund dessen angeguckt, was sich die aktuelle Regierungskoalition in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen hat, und Sie sehen jetzt dort, grün eingefärbt, die Dinge, die es schon gibt.

Ich habe mal das eine oder andere unterstrichen, was sogar schon implementiert ist, zum Beispiel der Klimaschutzrat, eine politisch ganz wichtige Einrichtung. Wenn wir jetzt auf die Bundesebene gucken – das ist nach dem Vorbild des Bundesklimaschutzgesetzes –, wo es das auch gibt, ist das das Klimakabinett. Sie sehen auch, dass, wenn Sie sich Sektorziele vornehmen, nehmen Sie die entsprechenden Ressorts – auf Berlin übersetzt: die Senatsverwaltungen –, viel stärker in die Pflicht, wenn die ihre Ziele verfehlen, mit einem Sofortprogramm zu reagieren. Sie haben aktuell die Situation auf Bundesebene. Die beiden Ressorts, die für Gebäude und Verkehr verantwortlich sind, mussten solche Sofortprogramme auflegen. Die Analyse hat aber gezeigt, dass die hinten und vorne nicht reichen. Insbesondere der Verkehrsminister hat hier nicht geliefert. Die Fortschreibung von so einem Klimaschutzrat ist, dass Sie da auch Sanktionen dranhängen, das heißt, Sie müssen die Senatsverwaltungen, die Senatorinnen und Senatoren, viel stärker verpflichten, möglicherweise auch mit entsprechender Abberufung, dass dort, wenn sie sozusagen die Ziele nicht erfüllen, eine Zielerreichung stattfindet. Sofortprogramme, die nicht funktionieren, helfen nur bedingt. Ein Bürgerinnenrat ist schon einberufen. Personalkapazitäten, Vorbildwirkung ausbauen, das hat sich die Regierung vorgenommen, und es wird jetzt wichtig sein, dass das entsprechend auch mit Instrumenten umgesetzt wird.

Das Thema Hemmnisse und Zielkonflikte adressieren, habe ich schon angesprochen. Wir haben auch schon über Geothermie gesprochen, über Milieu- und Mieterschutz. Aus- und Weiterbildung ist ein Thema, das man nicht nur machen muss, sondern da muss tatsächlich eine Offensive her. Wir werden ohne eine Initiative oder eine Offensive in diesem Bereich – und das nehmen wir uns im Grunde in Berlin schon seit 15 Jahren vor, und es passiert signifikant nichts – die Ziele überhaupt nicht erreichen. Ich habe es gesagt, auch die Bundesebene muss hier mitziehen. Wir haben eine Bundesregierung, die aktuell einiges vorlegt, was die Vorgängerregierungen ein Stück weit verschlafen haben.

Wir haben auch für die einzelnen Sektoren eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgelegt; auch darauf gehe ich in Anbetracht der Zeit nicht ein. Ich habe da die Prüfung gemacht, was man sich im Koalitionsvertrag vorgenommen hat. Hier sind einige Themen noch nicht weiter unterlegt. Ich denke, da ist jetzt aber ein bisschen Bewegung reingekommen. Mit diesem Thema Geothermie zum Beispiel sollte gleichzeitig auch das Thema angegangen werden, wie wir diesen Untergrund eigentlich generell managen. Es ist nicht nur geothermische Energie, die wir brauchen, sondern wir müssen da auch Energie einspeichern. Wir müssen die Aquiferspeicher, die wir unter Berlin haben, möglichst mitnutzen. Das sind alles Themen. Solche Zukunftstechnologien wie Pyrolyse habe ich hier auch einmal mit aufgeführt, wo wir gesagt haben: Da müssen wir Erfahrungen machen. Wir müssen Projekte machen, Plasmanalyse, Pyrolyse, und das sollte in Berlin angesiedelt sein. Das sind alles Themen, die auch mit angesprochen werden müssen.

Damit zum Schluss: Klimaneutralität im Sinne von mindestens minus 95 Prozent CO₂-Emissionen gegenüber 1990 erscheint nach unserer Erkenntnis der Studie bis 2030 ausgeschlossen, bis 2040 kaum realisierbar, aber vor 2050, also in dieser Dekade von 2040 bis 2050 erreichbar. Bis 2030 schaffen wir mit sehr hohen Anstrengungen minus 67 Prozent, also annähernd die 70 Prozent, die auch im Gesetz niedergeschrieben sind, aber eben nur dann, wenn auch bundesweit eine deutlich ambitioniertere Umsetzung erfolgt. Ich denke, da ist die aktuelle Bundesregierung auf einem Weg, den die Länder dementsprechend auch ergänzen sollten. Kurz- bis mittelfristig haben wir eine ganze Reihe von limitierenden Faktoren und Zielkon-

flikten im Weg, die wir aber tatsächlich gleichzeitig adressieren müssen. Allerdings verteilen die sich auch auf eine ganze Reihe von Senatsverwaltungen und Abteilungen. Das heißt, Sie haben da eine ganze Menge Manpower, sodass Sie auch viele verschiedene Zielkonflikte gleichzeitig adressieren können. Das heißt nichts anderes, als dass die politische Governance-Architektur, wie wir das wissenschaftlich nennen, die Strukturen, die Sie sich hier geben, die Verbindlichkeit, die Steuerungsfähigkeit aller wichtigen Elemente in so einer politischen Governance-Architektur sind, die es braucht, um die Ziele erfolgreich umzusetzen und zu erreichen. Probleme müssen aktiv angegangen und beseitigt werden, und das Ganze muss auch mit entsprechender Beteiligung erfolgen, und zwar Beteiligung nicht nur von den anderen Ressorts, sondern auch von den Stakeholdern. Man wird dazu auch Shakeholder-Gremien brauchen. Ein Bündnis Wohnen muss sich in Zukunft auch mit Klimaneutralität zusätzlich beschäftigen. Da gilt genau das Gleiche. Das kann nicht ausgeklammert werden. Wir müssen sozialverträgliches Wohnen, aber auch klimaneutrales Wohnen ermöglichen. Das sind zwei Seiten einer Medaille, und so wird es in allen Konfliktbereichen Thema werden müssen, damit wir das Ziel erreichen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! – [Beifall] –

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön! – Jetzt will ich Fragen der Ausschussmitglieder und die Beantwortung durch den Senat zulassen. Dann werden wir eventuell eine Stellungnahme des Senats bekommen. Bei mir sind einige Wortmeldungen eingegangen. – Als Erster hat sich Herr Dr. Taschner von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeldet. – Bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Hirschl, für die Vorstellung Ihrer Studie, die in der Tat deutschlandweit Beachtung findet. Ich höre das immer wieder, dass auf diese Studie in ihrer Systematik zurückgegriffen wird. Mein Dank auch an alle anderen Fraktionen, die es uns heute ermöglicht haben, dass Herr Hirschl 20 Minuten ausführen konnte und nicht in fünf Minuten durch dieses wichtige Thema durchhetzen musste. Das finde ich sehr schön, dass wir das hinbekommen haben. Ich spare mir jetzt mal das ganze allgemeine Statement. Das können Sie sich vorstellen, was ein grüner Politiker voranschieben würde. Ich habe eine ganze Reihe Fragen, die muss ich auch ausdünnen, denn Sie haben sicherlich auch noch weitere Fragen, die wir dann beantwortet haben wollen.

Was sich seit dieser Studie im Wesentlichen mit Beginn des Ukraine-Kriegs getan hat, ist, dass wir massive Veränderungen haben. Nicht nur, dass die neue Bundesregierung das angekündigt hat, sondern sie geht es auch im Eiltempo durch. Wenn man sich das Osterpaket anschaut und das, was wir im Herbstpaket erwarten können, sind es massive Änderungen der Rahmenbedingungen, insbesondere, was die Photovoltaik betrifft. Sie haben gesagt, dass Sie Ihre Anteile von Solarstrom deutlich über diese 25 Prozent nach oben gesetzt haben. Würden Sie jetzt sagen, dass mit dem, was jetzt alles auf den Weg gebracht worden ist, und mit dem, was seitens der Bundesregierung auf den Weg gebracht worden ist, es eigentlich noch mehr gibt, was uns in Berlin letztendlich hilft und was vielleicht sogar Ihr Zielszenario von 2042 auf 2039 ziehen könnte?

Wir erleben gerade einen Hype von Energiesparmaßnahmen, wie wir ihn uns schon lange ohne Krieg gewünscht hätten. Sie haben auch betont, wie wichtig das ist, ohne das wir nicht auskommen. Wie nachhaltig sehen Sie die das? Diese Verhaltensänderung, die wir gerade alle durchmachen müssen, die von uns abverlangt werden: Haben Sie das Gefühl, da bleibt viel hängen? Können wir davon langfristig profitieren?

Dann muss eine Frage in Richtung des angestrebten Volksbegehrens „Berlin klimaneutral 2030“ gestellt werden: Sie haben es schon ein bisschen anklingen lassen, aber wenn ich Sie und die Studie richtig verstehe, dann halten Sie es eigentlich für komplett unrealistisch, 2030 klimaneutral unter den real gegebenen Voraussetzungen zu sein. Sprich: Wir haben gar nicht die ganzen Fachkräfte. Wir können mit unseren Genehmigungsprozessen gar nicht so schnell sein.

Was können wir als Berlin noch stärken? – Sie haben schon den Koalitionsvertrag analysiert – da sage ich: Viel Grün, das freut mich –, aber wo sehen Sie da noch einen besonders starken Hebel? Sie haben insbesondere den Verkehr als großes CO₂-Problem angesprochen. Können wir als Land Berlin da noch mehr machen? Noch mehr Ausbau des ÖPNV, noch mehr Einschränkungen von Individualverkehr oder Verlagerung – sagen wir vielleicht besser, dann gefällt es Herrn Friederici auch besser –? Sie haben sich sehr stark für die Fernwärme ausgesprochen. Welche Rolle spielen Nahwärmenetze? Wie beurteilen Sie die Idee von Vattenfall, im Fernwärmenetz sehr stark auf Wasserstoff zu setzen? Sie haben gesagt: Champagner, kein Mineralwasser.

Ganz zum Schluss noch die Frage: Wir hatten einen sehr heißen Sommer. Es wird nicht nur im Winter geheizt, es wird im Sommer wahrscheinlich auch stärker gekühlt werden. Haben wir da noch Effekte, die bis jetzt noch nicht berücksichtigt worden sind? Wie bekommen wir das ganze Problem von Kühlung in heißen Sommern in den Griff? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Wir hatten tatsächlich nicht nur fünf Minuten, sondern 27 Minuten. Ich hatte Herrn Prof. Dr. Hirschl gebeten, uns seinen Vortrag in 15 bis 20 Minuten vorzustellen. Wir haben tatsächlich darauf geachtet, dass wir uns genug Zeit für dieses Thema nehmen. – Wir machen weiter mit der Liste. Ich würde Herrn Koçak das Wort erteilen. Dann würde ich noch einer weiteren Kollegin oder einem weiteren Kollegen das Wort erteilen und dann das Wort an Herrn Prof. Dr. Hirschl weitergeben, weil es sonst zu viele Fragen werden, die er nicht auf einmal beantworten kann. – Herr Koçak!

Ferat Koçak (LINKE): Ich habe auch einige Fragen, möchte aber kurz vorher noch ausführen. Herr Hirschl, vielen Dank für Ihre Ausführungen! Die Linke tritt für die Einhaltung des verbleibenden Budgets zur Erreichung der Pariser Klimaziele ein. Ihre Studie macht deutlich, dass das eine sehr große Herausforderung ist und zeigt mögliche Wege in dieser Situation auf. Dafür vielen Dank! Doch zeigt mir Ihre Studie auch, dass die nötigen Schritte, um rechtzeitig von den Kipppunkten, klimaneutral zu werden, unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich sind. Meine Kollegen wissen, was jetzt kommt. Die zügige Bekämpfung der Klimakatastrophe scheitert an der Profitlogik, dem Wachstumsfetisch in einem System, das Mensch, Tier und Natur für die Profite einiger wenige ausbeutet. In dem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, dass ich das Volksbegehren „Berlin 2030 klimaneutral“ unterstütze. Es ist wichtig, dass wir jetzt, wie es Greta Thunberg sagte, aus der Komfortzone raus und mit radikalen Maßnahmen vorankommen. Wir haben keine Zeit. Die Folgen der Klimakatastrophe treffen vor allem die Ärmsten, insbesondere die Menschen im globalen Süden, denen wir dann auf der Flucht die Wege versperren – „#FestungEuropa“, „#AbolishFrontex“. Daher ist ein ambitionierter Klimaschutz unbedingt erforderlich.

Ein zentraler Fokus in der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen für die Linke ist die Sicherung der Sozialverträglichkeit, von den Auswirkungen auf die Mieten über die Entwicklung von Wärme- und Strompreisen bis zu Lebensmittelpreisen. Klimaschutz darf Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen nicht noch ärmer machen, während Reiche die zusätzlichen Kosten aus der Portokasse zahlen und so weitermachen wie zuvor. Wir kämpfen nicht nur gegen die Klimakatastrophe, sondern wir kämpfen für Klimagerechtigkeit. Daher bevorzugen wir ordnungsrechtliche Maßnahmen gegenüber einer reinen Preissteuerung. Eine Abwälzung der notwendigen Investitionen für mehr Klimaschutz auf Mieterinnen und Mieter, auf die Ärmsten der Gesellschaft, darf nicht erfolgen. Natürlich ist hierbei auch wichtig, aufgrund der Kürze der Redezeit in Stichpunkten: Solarausbau in Berlin, Wärmepumpen fördern, öffentliche Hand soll vorausgehen und die sozialökologische Verkehrswende, die wir auch im Koalitionsvertrag verankert haben.

Nun folgen meine Fragen: Die Studie „Berlin Paris-konform“ machen ist aufgrund des begrenzten Auftrags bzw. Finanzierung noch keine Gesamtbetrachtung. Teile wie Soziales, Umwelt etc. fehlen noch. Eine solche Gesamtbetrachtung soll daher noch beauftragt werden. Welche Änderungen würden Sie, Herr Hirschl, aufgrund der veränderten Lage aus heutiger Sicht für erforderlich halten bzw. welche Punkte sollten aus heutiger Sicht intensiver überarbeitet oder überdacht werden?

Zum Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm gab es das Beteiligungsverfahren. Dazu eine Frage an den Senat: Wann ist mit der aktualisierten Fassung des BEK zu rechnen? Welche Anpassungen des BEK an die veränderten Rahmenbedingungen Klima und Energie sind geplant? Wie schätzen Sie die Ergebnisse der Vorschläge der Potenzialstudie „Klimaneutrale Wärmeversorgung Berlin 2035“ ein? Diese stellt die These auf, dass die Fernwärmeversorgung deutlich früher auf klimaneutrale Energieträger umgestellt werden könnte und neue Gaskraftwerke nicht erforderlich seien.

Nächste Frage: Die Perspektive des Berliner Gasnetzes ist Gegenstand zahlreicher Debatten. Welche Perspektive sehen Sie für das Berliner Gasnetz? Was wird für die künftige Versorgung gebraucht, was wird anderweitig verwendet und was wird zurückgebaut? Welches Gas wird transportiert? In dem Zusammenhang eine Frage zu alternativen Gasen. In Ihrer Studie schlagen Sie vor, Gasifizierungsprozesse aus erneuerbarem Strom im Bereich des Berliner Wärmenetzes anzusiedeln und den Wirkungsgrad durch Nutzung der Abwärme zu erhöhen. Dazu zwei Fragen: Welche Rolle sehen Sie für Power-to-Gas in Berlin? Haben Sie dazu bereits Ideen, wo eine Flächensicherung für diese Zwecke sinnvoll wäre?

Die letzte Frage: Eines der Hemmnisse bzw. Probleme zur Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele sind im Gebäudesektor neben dem Fachkräftemangel die Abwälzung der Sanierungskosten auf die Mieterinnen und Mieter und die folgenden Mietensteigerungen der sowieso schon hohen Mieten in Berlin. Können Sie auf diesen Punkt vielleicht noch etwas eingehen und schildern, welche Lösungsmöglichkeiten Sie sehen? Wie kann die öffentliche Hand bei öffentlichen Gebäuden noch stärker eine Vorreiterrolle einnehmen? Hierbei wäre es vielleicht auch wichtig zu erwähnen, dass wir dabei sind, Deutsche Wohnen und Co. zu vergesellschaften, was hier ein Punkt wäre, der für uns aus linker Perspektive wichtig ist.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Koçak! – Jetzt ist Herr Reifschneider von der FDP-Fraktion dran. – Bitte!

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank! – Mal sehen, ob es mit der Vergesellschaftung von Deutsche Wohnen und Co. klappt. Ich habe da so meine Zweifel und eher den Eindruck, dass Sie ziemlich viel Energie darauf verschwenden. Aber um an meinen Vorredner anzuknüpfen und die Frage zu stellen: Ich hatte Ihre Studie so gelesen, dass Sie nicht von einem Budgetansatz ausgehen, wie mein Vorredner gerade, sondern die Klimaneutralität 2045 oder 2040, 2050 und 2030 betrachten und nicht betrachten, was ist denn nach dem Pariser Abkommen das deutsche Gesamtbudget wäre und versuchen, das auf Berlin runterzuberechnen. Das ist eine wichtige Unterscheidung.

Jetzt kommen wir zu den Restriktionen und Limitationen. Für uns als FDP ist es extrem wichtig, dass man dieses Ziel, zu dem sich Deutschland international auch verpflichtet hat, erreichen kann. Da ist ganz viel auf der EU-Ebene zu regeln, ganz viel auf Bundesebene zu regeln, aber wir haben auch in Berlin große Aufgaben.

Sie hatten das Thema Fachkräftemangel angesprochen. Es sind nicht nur einzelne Menschen, sondern auch Unternehmen, die dabei eine Rolle spielen. Haben Sie Beispiele, was man tun müsste, um diesen Fachkräftemangel bzw. die Zahl der Unternehmen, die in dem Sektor tätig sind, zu steigern, um die Produktivkräfte zu erhöhen, damit man beispielsweise die Gebäudesanierungen, die Installation von Solaranlagen oder auch die Pflege der Grünflächen und Gewässer in Berlin hinbekommt – da fehlt es auch massenhaft an Personal –?

Dann, die Frage richtet sich auch an den Senat, würde mich interessieren: Wie weit sind Sie denn mit Ihrer Fachkräfteinitiative? Haben Sie da verlässliche Zahlen, auf die Sie hinarbeiten? Bislang ist das in meiner Wahrnehmung eher sehr wolkig. Dann würde ich gerne vom Senat wissen, wie Sie zu dem Vorschlag stehen, Sanktionen im Klimasenat für das Nichterreichen einzuführen und das mit entsprechenden, dann verbindlichen Sofortprogrammen zu unterlegen, ob dazu eine Verabredung besteht oder ob Sie sich das offengelassen haben. Auch an den Senat: Wir haben den energetischen Zustand der öffentlichen Gebäude erfasst oder haben darüber Kenntnisse erlangt, und der ist dramatisch schlecht. Ich muss konstatieren, der Senat kommt mit der energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude nicht hinterher. Da ist er sozusagen weit von der Zielerreichung entfernt. Deswegen ist es schade, dass – in Anführungszeichen – nur Senatorin Jarasch hier ist, auch wenn es eine Ehre für den Ausschuss ist. Wir haben aber noch ein paar andere Senatorinnen und Senatoren, die hierfür relevant wären. Was wissen Sie denn, was die anderen Senatorinnen und Senatoren dazu planen, um den energetischen Zustand der öffentlichen Verwaltung dramatisch beschleunigt zu verbessern?

Dann noch eine Frage an Herrn Prof. Hirschl: Mir geht es um den EU-Zertifikatehandel. Wir haben auf EU-Ebene eine Debatte, die noch nicht in einen Beschluss gemündet ist, auch den Verkehrs- und Gebäudesektor in den Zertifikatehandel mitaufzunehmen. Halten Sie das für ein gutes Instrument, um über entsprechende Preissignale Veränderungen zu initiieren?

Sie hatten das Thema Ladesäulen in der Studie angesprochen bzw. Elektrifizierung der Flotte im motorisierten Individualverkehr. Da hinken wir, zumindest wenn man das mit dem vergleicht, was als EU-Empfehlung vorliegt, und auch mit dem, was vielleicht an Ladestationen an Laternen kommt, weit hinterher. Da würde mich vom Senat interessieren, was er gedenkt

zu tun – da er es, fälschlicherweise meines Erachtens, umgesetzt hat, dass Stromnetz Berlin für den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur im öffentlichen Raum zuständig ist –, um den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur zu beschleunigen, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass der Hochlauf der Elektrofahrzeuge bis 2030 deutlich schneller stattfinden soll als in den Szenarien, die der Studie zugrunde liegen, mit denen Sie 2019, 2020 den Bedarf errechnet haben.

Dann habe ich noch eine Frage an den Senat zum Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen in den vergangenen Jahren. Das ist eines der ganz großen Themen, die auch in der Studie vorkommen: Fernwärme stärken. Ich bin ein großer Fan davon, kann mir aber auch Nahwärmenetze vorstellen. Ich muss aber konstatieren, dass in den vergangenen Jahren nur ganz geringfügige Geländegewinne gemacht worden sind, um weitere Stadtteile oder Gebäude an die Fernwärme anzuschließen. Wo sieht der Senat das Haupthindernis? Welche Vereinbarungen bestehen beispielsweise mit Vattenfall zum Ausbau der Fernwärme? Weil wir schon bei der Fernwärme sind, Frau Senatorin, können Sie uns vielleicht einen Einblick in Ihre Erwartungen an dem im Senat debattierten Kauf des Gasnetzes, der Kraftwerke und des Fernwärmenetzes, geben. Ist der Eigentümerwechsel für Sie ein entscheidender Baustein, um die Klimaneutralität in Berlin zu erreichen, oder können Sie die Klimaneutralität in Berlin erreichen, auch ohne das Gasnetz, die Kraftwerke und das Fernwärmenetz in staatliche Kontrolle zu bringen?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Ich würde Herrn Prof. Dr. Hirschl und dann den Senat darum bitten, auf die Fragen einzugehen. – Herr Prof. Dr. Hirschl, bitte!

Prof. Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Vielen Dank für die Fragen! – Ich versuche, es ein bisschen thematisch zu bündeln. Ich beginne bei unserer Hoffnungstechnologie, der Solarenergie. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass wir in der Studie schon deutlich ambitionierter sind. Ich will die Zahl noch einmal nennen. Bisher verfolgen wir in Berlin die 25 Prozent. Es wird manchmal über 30 Prozent gesprochen. Wir haben hier tatsächlich 37 Prozent ausgewiesen, und das ist nicht einer Annahme geschuldet, dass wir das bräuchten, sondern wir haben Potenziale ermittelt, die bisher in den anderen Studien, die das behandeln, so nicht betrachtet werden. Häufig werden Segmente ausgeblendet, wenn man zum Beispiel keine Daten hat. Wir haben in Berlin eine sehr hundsmäßige Datenbasis über Nichtwohngebäude oder nicht beheizte Gebäude. Es gibt also gewisse Gebäudesegmente, die nicht auftauchen, und dann ist es gute wissenschaftliche Praxis, über Dinge, von denen man nicht so viel weiß, erst einmal auszublenden. Solche Gebäudeflächen sind aber da, und die sollten genutzt werden. Insofern haben wir, um dieses Beispiel zu nehmen, nicht beheizte Gebäude, aber auch so etwas wie Lärmschutzwände. Es gibt eine ganze Menge Potenziale, die noch dazu kommen, und die Solarpotenziale werden auch ständig mehr. Wir haben immer mehr Anwendungsfälle, immer mehr intelligente Lösungen, hybride Lösungen. Wir werden zum Beispiel in Zukunft auch den Zielkonflikt auf den Dächern, dass wir entweder Photovoltaik oder Gründächer haben, zusammendenken müssen, um flächeneffizient unterwegs zu sein. Das ist nicht nur eine Anforderung für die freie Fläche, sondern auch für die Gebäudeflächen. Damit erschließen wir aber wieder zusätzliche Potenziale, und so kommen wir auf die 37 Prozent. Die zu erschließen, erfordert diesen ganzen Abbau von Hemmnissen, und das beginnt bei den Fachkräften und den Planern. Das beginnt bei der Frage der Genehmigung und der Anschlussbedingung. Das beginnt aber auch bei der Frage der Geschäftsmodelle. Hier kommt so langsam ein biss-

chen Bewegung rein, aber wir sind noch weit weg davon. Ich nenne nur ein Beispiel: Mieterstrom, was als Modell entwickelt wurde und erst mal so hundsmiserabel läuft. Man hatte schon den Verdacht gehabt, dass es tatsächlich so komplex gestrickt worden ist, damit es nur wenig Modelle gibt. Wenn ich will, dass ein solches Segment zum Fliegen kommt, weil ich weiß, ich hab Potenziale, und das ist etwas, was ich für die Akzeptanz brauche, und es ist effizient, wenn der Strom vor Ort auch verbraucht wird, wenn ich das alles zusammen nehme, muss ich ein Instrument entwickeln, das dieses Segment zum Fliegen bringt. Wir sind immer noch nicht auf dem Weg, dass Mieterstrom zum Fliegen kommt, aber ich hoffe, dass die aktuelle Bundesregierung, das ist ja Bundesrecht, in diesem Segment etwas tut.

Es gibt noch ein weiteres Segment, was noch nicht mal angefangen hat, per Rahmenbedingung zu existieren, und das sind die Energiegemeinschaften. Mieterstrom ist vom Gedanken her so etwas wie eine halbe Energiegemeinschaft, aber so richtig wird erst ein Schuh daraus, wenn ich tatsächlich erneuerbare Energien, die ich nahräumlich produzieren kann, mit Speichern und Verbraucherrinnen und Verbrauchern zusammenbringe und dort Energiegemeinschaften gründe. Darin steckt ein Riesenhebel, und da haben wir bis heute noch keine Rahmenbedingung dafür, obwohl das EU-Recht das fordert. Ich glaube, wir müssen auch hier realistisch sein. Die Potenziale sind groß. Dass wir über 40 Prozent Solarenergie kommen, halte ich für illusorisch, weil wir eher noch mehr Strom verbrauchen werden und damit dann auch die Anteile heruntergehen, aber da steckt wirklich eine ganze Menge drin.

Zu den Verhaltensänderungen, die gerade stattfinden, ob die nachhaltig sind: Das ist schwierig. Das hängt von den Rahmenbedingungen ab. Ich glaube, ein Stück der Nachhaltigkeit wird dadurch kommen, dass das Preisniveau, das Preisgefüge sich tatsächlich nachhaltig verändert. Fossile Energiepreise werden höher liegen, als es die Studien bisher ausgewiesen haben, insbesondere die Gaspreise, aber die ziehen dann meistens die Öl- und Kohlepreise, und auch die Strompreise sind davon beeinflusst, auch wenn wir im Moment diskutieren, dass wir das entkoppeln wollen. Das Preisniveau all dieser fossilen Energieträger wird höher liegen, und das begünstigt die Wirtschaftlichkeit. Damit bekommen wir möglicherweise ein bisschen mehr Rückenwind, schneller zu werden. Das haben wir aber ehrlicherweise in der Studie schon eingepreist. Wenn ich dieses Schnellerwerden nicht über den Marktpreis hinbekomme, dann muss ich entsprechend mit anderen Instrumenten ergänzen. Das heißt, wir sparen uns möglicherweise ein Stück weit Förderungen. Wir sparen uns vielleicht auch ein Stück weit ordnungsrechtliche Maßnahmen, die Sie angesprochen haben. Das sind kommunizierende Röhren. Entweder der Marktpreis es hin von alleine bekommt, weil die Dinge wirtschaftlich sind, dann brauche ich eigentlich nur Informationen und Beratung, oder aber, wenn das nicht der Fall ist, brauche ich Förderung, und wenn die Förderung niemand in Anspruch nimmt, dann brauche ich eventuell das Ordnungsrecht, wenn ich ein Ziel erreichen will. Das heißt, aus diesem Mix muss das Ganze bestehen, und die aktuelle Situation verschiebt das, aber es erhöht unsere Potenziale nicht signifikant.

Die Frage, ob wir 2030 klimaneutral werden können, hat, glaube ich, unsere Studie beantwortet. Wir haben tatsächlich unter Berücksichtigung von einer ganzen Menge Verzögerungseffekten, ich will sie mal so nennen, die einfach da sind, trotzdem sehr ambitionierte Ziele. Wenn Sie sich die einzelnen Werte angucken, in jedem einzelnen Segment, dann werden Sie auch feststellen, dass das durchaus ambitioniert ist, dorthinzukommen. Ich sehe nicht, wie wir 2030 klimaneutral werden können, weil wir sehr viele Bereiche haben, wo wir nicht von heute auf morgen den Hebel umlegen können, sondern weil diese Verzögerungseffekte da sind.

Nichtsdestotrotz halte ich es tatsächlich für sehr wichtig, dass es immer wieder Akteure gibt, die das einfordern. In jedem einzelnen Detailbereich, wo Beispiele herkommen, wie man es tatsächlich besser und schneller schaffen kann, sollten diese sofort aufgenommen werden. Insgesamt und in Summe und über alle Sektoren hinweg kann ich eigentlich nur die Ergebnisse unserer Studie nach wie vor bestätigen. Die sind zum heutigen Stand, Anfang September 2022, aus meiner Sicht noch gültig.

Fernwärme ist eine enorm wichtige Infrastruktur. Die müssen wir umbauen. Wenn wir jetzt anfangen, die große Hoffnung auf Wasserstoff zu setzen, dann denken wir nicht falsch. Wasserstoff wird eine Rolle spielen, weil wir auch in Zukunft Kraftwerke haben werden. Im Übrigen müssen die Kraftwerke, die wir zur Stabilisierung des Stromsystems in Deutschland brauchen, in den urbanen Zentren stehen. Heute sichern die Stromnetze die großen Kraftwerke in der Fläche ab. Die Braunkohlekraftwerke in der Lausitz sichern das Stromnetz ab. Die leisten die Systemdienstleistungen, aber die haben gar nicht die Möglichkeit, diese Wärme zu nutzen. Deswegen haben wir dort diese großen Kühltürme, die Wolkenmacher. Die Wärme geht vollkommen ineffizient einfach weg, und das darf es in Zukunft nicht mehr geben. Wir dürfen nur kleinere Anlagen haben, wo die Wärme mehr oder weniger vollständig genutzt wird. Wir müssen die Anlagen so effizient wie möglich einsetzen. Deswegen müssen die in den Städten stehen. Deswegen wird Berlin eine ganz wichtige und neue Rolle für die Systemstabilität der Stromnetze bekommen, und die Wärme wird hier in der Fernwärme genutzt. Auch das ist etwas, das unsere Studie ganz gut unterstreicht. Wir müssen sehen, dass wir alle Abwärme, die da ist, und alle erneuerbare Energie, die da ist, in die Fernwärme reinkriegen. Das heißt, wir müssen uns mit so etwas wie geothermischen Wärmepumpenprojekten, die in einem nötigen Skalierungsmaß für die Fernwärme etwas produzieren, auseinandersetzen. Da brauchen wir Pilote. Wasserstoff kommt dann auch. Das müssen wir vorbereiten, denn die Kraftwerke, die Anschlussstellen, die Infrastruktur müssen heute schon geplant werden, aber das darf nicht dazu führen, dass wir all die anderen Bausteine, die wir brauchen, nicht angehen. Die sind aus meiner Sicht sogar noch viel dringlicher.

Mit Blick in die Zukunft: Das Thema Kühlung wurde angesprochen. Das ist im Moment tatsächlich noch nicht so ein großes Thema, aber, wenn ich zum Beispiel über Nah- und Fernwärme und über Geothermie rede, also über Wärme, die ich von unten aus der Erde hole, kann ich ein Stück weit das Thema der Kühlung mit bedienen. Das heißt, die Netze der Zukunft, das sind insbesondere die Fern- und Nahwärmenetze, müssen auch das Thema Kühlung adressieren. Ich kriege mit den Niedertemperaturniveaus der Zukunft auch diese Kühlungsfrage mit adressiert. Das führt jetzt ein bisschen zu weit. Wir haben bei der Geothermie häufig die Herausforderung, dass wir das, wenn wir die mit Nah- und Fernwärmenetzen verbinden, über die Straße machen müssen. Dann bin ich aber wieder in einem Bereich, der verwaltemäßig eine Herausforderung ist. Das heißt, auch hier brauchen wir Pilote, so, wie wir das dem Verkehrsbereich kennen. Radschnellwege bauen, haben wir gelernt, ist genehmigungs- und planungsrechtlich nicht so ganz einfach. Da müssen sehr viele Rädchen ineinandergreifen. Dafür haben wir jetzt Pilote, um Erfahrungen zu sammeln, um das in eine Diffusion und Skalierung zu kriegen. Genau das Gleiche brauchen wir bei der Geothermie auch. Wir müssen Lösungen erarbeiten, dass wir an der Straße diese Nahwärmenetze bauen können oder an Fernwärmenetze schließen, dass dort Bohrungen möglich sind, und da kriege ich die Wärme- und Kälteversorgung integriert, wenn ich gute infrastrukturelle Lösungen baue.

Die Studie hat 2030 als erstes Szenariojahr. Die Auswirkungen des Ukrainekriegs beeinflussen auch dieses Jahr 2030, aber meine Vermutung ist, dass das nicht sehr signifikant sein wird, außer dass wir diesen Rückenwind der Wirtschaftlichkeit bekommen. Die wesentlichen Auswirkungen sind die in den nächsten fünf Jahren. Wir haben 2022, 2023, 2024, möglicherweise auch bis 2026, 2027 Auswirkungen, weil zum Beispiel Kohlekraftwerke wieder ans Netz müssen. Das wird uns CO₂-bilanzmäßig beeinflussen. Da kriegen wir eine Beule rein, die wir so nicht haben wollten. Wir werden unterschiedliche Entwicklungen haben, aber bis 2030 hat sich das ein Stück weit wieder normalisiert. Keiner weiß, was bis dahin ansonsten an

Krisen aus dem Hut gezaubert werden, aber wenn wir davon ausgehen, dass sich das Ganze ein Stück weit beruhigt und nur die fossilen Energiepreise auf einem etwas höheren Niveau unterwegs sind, als wir das bisher gedacht haben, dann ist das die wesentliche Änderung, und ich bleibe dabei: Die Ergebnisse unserer Studie haben nach wie vor Relevanz.

Sozialverträglichkeit von Maßnahmen: Dazu finden Sie eine ganze Menge in der Studie. Das liegt daran, dass wir an meinem Institut dazu sehr viel arbeiten. Wir haben parallel im Auftrag der Senatsverwaltung die Wärmestrategie mit entwickelt, die nicht nur Planungsfragen beinhaltet, sondern auch die Frage der Sozialverträglichkeit ganz explizit mit behandelt. Wir haben da eine Menge Vorschläge drin. Aus Zeitgründen würde ich Sie darauf verweisen, also einmal die Empfehlung unserer Studie, und zum Zweiten die Wärmestrategie. Da steckt eine Menge drin. Das Land ist hier immer nur ergänzend tätig, denn die wesentlichen Umlageregulungen sind Bundesrecht, und das Land muss gucken, dass es das komplementär ergänzt. An der Stelle, wo das Bundesrecht das Ganze nicht ausreichend mit Förderungen, Vorgaben oder Umlageregulungen adressiert, muss das Land ergänzend eingreifen. Da ist im Moment sehr viel in Bewegung. Das Gebäudeenergiegesetz wird mit Sicherheit auch noch einmal angefasst werden. Sie kennen vielleicht die Debatte um die Drittelregelung, das heißt, die Verteilung zwischen den privaten Eigentümern, den Mieterinnen und Mietern, also denen, die darin wohnen, und dem Staat, dass ein Drittelmodell entsteht. Auch das wird gerade diskutiert. Dann werden sich die Bundesregelungen verändern, und da muss das Land seine Fördermaßnahmen flexibel daran anpassen.

Nach Power-to-Gas wurde gefragt. Ich habe in meinem Statement ganz bewusst gesagt, dass unsere Studie felsenfest der Überzeugung ist, dass wir Wasserstoffproduktion, also Elektrolyseanlagen, aber auch Plasmalyse, Pyrolyse, hier in der Stadt implementieren müssen. Das sind Technologien, wo Sie sich zum Beispiel Biomethan von außerhalb, aus Brandenburg, nach Berlin einspeisen lassen und das hier umwandeln und dann den Kohlenstoff zum Beispiel wieder nach draußen transportieren oder ihn für Wertschöpfungsketten hier in der Stadt nutzen, aber Sie haben dann auch den Wasserstoff hier. Das heißt, diese Technologien hier in der Stadt zu implementieren, ist absolut sinnvoll, weil wir diese Abwärme nutzen können, und weil die Rohstoffe, aber auch das, was an Produkten herauskommt, hier wieder verwerten und damit die Transportwege verkürzen. Das ist enorm wichtig. Der Wasserstofftransport wird für uns ein Riesenthema. Das wird enorm teuer, und wenn wir da die Wege verkürzen, ist das ein enormer Vorteil.

Standorte dafür: Es gibt Debatten darüber, wo Elektrolyseanlagen, Wasserstoffhubs hinsollen. Die Debatte läuft schon. Für modernere Anlagen wie Pyrolyse, Plasmalyse sind Klärwerke naturgegebene gute Standorte. Ich denke, das wird man weiter durchdeklinieren müssen.

Wie kann man den Fachkräftemangel tatsächlich beheben: Da gibt es Expertinnen und Experten. Das muss man nicht aus einer Klimaschutzstudie ziehen, aber es ist klar: Dieses Thema diskutieren wir seit 15 Jahren, und es gibt keine wirksame Kampagne. Sie haben einen Blumenstrauß an Marketingmaßnahmen, der muss aber ergänzt werden durch Rahmenbedingungen, die die dort Tätigen vorfinden, die attraktiv genug sind. Das heißt, Sie müssen einerseits marketingmäßig Kampagnen machen, die mehr als ein Strohfeuer sind, sondern die nachhaltig sind und über mehrere Jahre auch unsere Gymnasiastinnen und Gymnasiasten überzeugen, dass das für sie etwas ist, und die werden aber nur überzeugt, wenn sie dort Lohn- und Gehaltsstrukturen vorfinden, die attraktiv genug sind. Das heißt, es geht nur über attraktive Ar-

beit, attraktive Arbeitsbedingungen und attraktive Entlohnung, das Ganze wirklich hochziehen. Da muss man vielleicht mal an die zivilgesellschaftlichen Akteure, die häufig Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sind, appellieren, nicht nur appellieren, sondern sie mit ins Boot holen. Ich glaube, dass hier Handwerk, Fridays for Future und die Senatsverwaltung das perfekte Trio sind, um dieses Thema auch an die junge Generation heranzutragen.

Verkehr: Ich möchte gern noch zwei, drei Worte um Verkehr sagen. Die Vorrede vor jeder Verkehrsmaßnahme ist: Umweltverbund first. – Das gilt für eine Stadt wie Berlin, für jedes urbane Zentrum. Das ist gesetzt. Wir müssen den Umweltverbund stärken, das heißt, ÖPNV, Radverkehr, Fußverkehr. Das wissen Sie, das diskutieren Sie erfreulicherweise schon seit der letzten Legislaturperiode. Da müssen wir immer eine Schippe drauflegen, besser werden, schneller werden. Am Ende bleiben natürlich Autos übrig. Der Automobilbedarf wird gesenkt werden müssen, aber er wird noch vorhanden sein. Der muss aus Effizienzgründen elektrisch sein. Wir werden bei dem einen oder anderen Fahrzeug, das sind meistens die großen Fahrzeuge und auch bei der Fliegerei, um grüne Kraftstoffe nicht herumkommen, aber im Pkw-Bereich kann das alles elektrisch laufen. Aber so, wie es heute läuft, mit der reinen Ladesäulenstrategie kriegen wir im Moment viele Zielgruppen noch nicht erreicht. Wenn Sie als Mieterin in einer Mietwohnung im vierten Stock – Sie parken normalerweise im öffentlichen Straßenraum – Ihren Verbrenner ersetzen wollen, und Sie brauchen den, aus welchen Gründen auch immer, oder Sie wollen weiterhin Pkw fahren, dann haben Sie keine gute Grundlage, um jetzt ein Elektromobil zu kaufen. Die Ladesäulen können gar nicht so schnell entstehen, als dass sie sagen, das ist für mich eine attraktive Lösung. Dafür brauchen wir aber Lösungen, und wir haben in der Studie einiges vorgeschlagen.

Ich möchte nur das Stichwort Kiezparkhäuser anführen. Kiezparkhäuser sind für mich eine absolut wichtige Strategie, um bei knapper werdendem Parkraum Suchverkehr zu vermeiden, um klar zu signalisieren: Es gibt in deinem Kiez eine Möglichkeit, wo du parken kannst. Du brauchst nicht zu suchen. – Es ist eine Möglichkeit, um Parkstreifen freizubekommen, um dort Busspuren und Fahrradwege einzurichten und Bäume zu pflanzen. Ich muss die Parkstreifen wegstreichen, und das kriege ich aber nicht mit einem Nullangebot, sondern ich muss ein Restangebot an Parkplätzen schaffen, und ich schaffe für die Elektrifizierung einen einfachen Zugang, denn der Netzbetreiber freut sich, wenn er ein Gebäude hat, das er durchelektrifizieren kann. Darauf kann er seine Infrastruktur gezielt ausrichten. Ich schlage bei der Verkehrswende wahnsinnig viele Fliegen mit einer Klappe, und kriege möglicherweise sogar noch mehr Grün in die Stadt, mehr Lebensqualität und kriege den Straßenraum besser verteilt. Ich glaube, dass wir hierfür aber wieder so eine Initiative brauchen wie für die Radverkehrsschnellwege. Das heißt, Kiezparkhäuser entstehen nicht von heute auf morgen, sie entstehen auch nicht von allein, nicht rein marktgetrieben, sondern dafür brauchen wir wieder verwaltungs-, planungsmäßige Initiativen, um das voranzukriegen. – Das mal als ein Beispiel. Elektrifizierung für die restlichen Autos ist absolut wichtig, ist essenziell, und Wasserstoff, grüne Brennstoffe, sind hier keine Lösung, weil es einfach nicht effizient ist. Wir brauchen aber Ansätze, um das tatsächlich in die Fläche zu kriegen. Die gegenwärtige Ladesäulenstrategie ist für eine Mieter- und Mieterinnenstadt wie Berlin nicht geeignet.

Vielleicht noch als letzten Satz: Emissionshandel: Da sind wir bei der Instrumentenebene der EU. Ich glaube, viele Verantwortliche in diesem Bereich haben gelernt und anerkannt, dass viele Instrumente, die in Lehrbüchern immer sehr effizient sind, in der Praxis nicht funktionieren. Wir haben beim Emissionshandel über 15 Jahre lang erleben müssen, dass der an der

politisch-gesellschaftlichen Konstellation gescheitert ist, bis er jetzt endlich mal wirkt, aber da haben wir eben auch 15 Jahre warten müssen. Natürlich wäre es schön, wenn es da integriert wäre und wenn das einfach möglich ist. Die Realität würde aber wahrscheinlich wieder so kompliziert werden, dass wir wieder 15 Jahre auf einen Erfolg warten müssten. Insofern würde ich immer sagen: Wir haben keine Zeit, auf so ein ideales Lehrbuchinstrument zu warten. Wir müssen mit Maßnahmen loslegen, die Bund, Länder und die EU jetzt ergreifen. Die EU ist zum Beispiel im Gebäudebereich mit der Renovierungswelle mit viel intelligenteren und wichtigeren Ansätzen unterwegs, mit so etwas wie mit einem Stufenplan, dass Sie den Gebäudeeigentümern und -eigentümerinnen signalisieren: Wenn du ein Haus hast, das Qualitätsstufe G hat, dann bist du der Nächste, der das sanieren muss. – Wir müssen bis dann und dann alle auf ein Niveau von einem Buchstaben bringen, das der Klimaneutralität zuträglich ist. Das ist, glaube ich, ein wichtigeres Signal, als auf ein idealtypisches Zertifikatmodell zu warten, was nicht dagegen spricht, es zu entwickeln, aber ich glaube, wir müssen trotzdem mit allen anderen Instrumentarien, die da sind, mit dem Instrumentenmix, sektorspezifisch, was nötig ist, vorangehen, damit wir bis 2030 unsere Ziele erreichen und langfristig die Klimaneutralität. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön! – Jetzt ist der Senat dran. – Frau Senatorin Jarasch, bitte! – Das ist kein Problem.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK): Ich bin bereit. Ich habe gerade eine neue Idee aufgenommen, als Herr Hirschl gesprochen hat, und die wollte ich nicht wieder vergessen. Entschuldigung!

Vielen Dank, Herr Hirschl! Ich bin sehr dankbar für den Ansatz dieser Studie, wo meine Vorgängerin den ersten Teil in Auftrag gegeben hat, weil sie genau da reingehet, wo wir reingehen müssen, wenn wir die Klimaneutralität hinbekommen wollen. An dieser Stelle will ich direkt zu dem Punkt kommen, der mir in dieser Debatte am wichtigsten ist: Raus aus der Komfortzone, rein in die Konfliktzone! – Das ist das Entscheidende, wenn wir vorankommen wollen. Was bedeutet das? – Das bedeutet: Es gibt inzwischen viele Studien, Sie haben es selbst gesagt, und auch entsprechende Forderungen von Volksinitiativen, Volksbegehren usw., die mir natürlich politisch total nahe sind, die sagen: Klimaneutralität 2030, 2035, was auch immer, ist erreichbar. Der Ansatz ist immer: Man rechnet aus, je nachdem, von den Pariser Klimazielen oder vom Budgetansatz ausgehend, wie viel wir bundesweit pro Jahr reduzieren müssten, rechnet das auf Berlin runter und kommt am Ende auf das Ergebnis: Wir haben die Zahlen, also macht mal. Es geht. – Das ist meiner Meinung nach aber für die Wissenschaft, muss ich jetzt auch sagen, noch Komfortzone.

Viel spannender ist, und da kommt die Wissenschaft an ihre Grenzen, wenn es dabei Hemmnisse und Zielkonflikte gibt, die es in der Realität schwierig machen. Das mit den Komfortzonen betrifft uns nämlich alle in diesem Haus und an diesem Tisch, und das möchte ich einmal wirklich allen deutlich sagen, auch uns selbst. Für die Wissenschaft bedeutet das, dass es schwieriger und komplizierter wird. Man muss sich nämlich dann mit anderen Fragestellungen auseinandersetzen. Die ausgerechnete Zahl allein nützt einem nichts. Die Reduktionszielzahlen allein nützen einem nichts, man muss sich mit dem Wie beschäftigen. Das müssen wir aber gerade in der Politik, sonst erreichen wir überhaupt nichts. Ein Gesetz, das einfach nur verfügt, dass wir bis zum Jahr soundso klimaneutral sein sollen, ist nur der erste Schritt. Alles andere danach sind die entscheidenden Punkte. Ich bin diesem Ansatz in der Studie so dank-

bar, weil er uns dabei hilft und uns auf die Sprünge hilft, aber auch Druck macht, weiterzukommen.

Ich habe ganz bewusst heute Morgen schon die Zielkonflikte genannt, die auch uns selbst betreffen. Ich sage das auch zu mir, ich als Grüne, ökologische Partei: Natürlich kommen wir in Zielkonflikte mit unseren eigenen Communitys. Es ist doch ganz klar: Wenn wir die Erneuerbaren massiv ausbauen wollen, wenn wir nicht nur wollen, dass das irgendwo anders passiert, sondern gefälligst auch hier, dann kommen wir in Zielkonflikte, und zwar in Zielkonflikte, die wehtun und wo man wirklich gute Lösungen entwickeln muss. Geothermie und Grundwasserschutz hatte ich heute schon genannt. Bei Windanlagen kommen wir in den Bereich Landschaftsschutz rein. Das tut auch weh, und da braucht es gute Lösungen. Ich sage es hier ausdrücklich so: Das Wind-an-Land-Gesetz, das Gesetz, das Robert Habeck jetzt in einem wirklich erstaunlichen Tempo durchgedrückt hat, tut den Ökologen, Tierschützern, allen möglichen Leuten weh. Das tut übrigens auch uns als Stadtstaaten besonders weh, weil es uns nicht ausnimmt, und wir haben deutlich weniger Fläche zur Verfügung als Flächenstaaten. Das ist gerade bei Windenergie ein Riesenproblem für die Stadtstaaten. Anders werden wir aber nicht vorankommen.

Ferat! Natürlich teile ich diese Ziele, und mein Herz schlägt dafür, aber raus aus der Komfortzone bedeutet auch für linke soziale Politik – und da nehme ich uns beide – raus aus der Komfortzone. – Jahrelang haben wir das Problem mit der energetischen Sanierung und den bezahlbaren Mieten nur gelöst, indem wir gesagt haben: Es muss aber warmmietenneutral sein. – Ja, das wünsche ich mir auch, aber wenn ich nicht die Lösungsmodelle habe, wie das geht und dann einfach sage: Dann sanieren wir eben lieber nicht –, und dann passiert lieber nichts, weil wir darauf keine Antwort haben, dann bedeutet das Komfortzone. Entschuldigung, aber das ist immer noch Komfortzone! Deswegen sind die entscheidenden Punkte, wie wir da ein Stück weit rauskommen. Die Energiekrise seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine, seit Putins Angriffskrieg, macht es uns doch allen klar. Die Energiepreise sind ein soziales Riesenproblem. Das heißt, wir können nicht die energetische Sanierung aufschieben, weil wir Angst haben, dass das die Mieten steigert. Das rächt sich für die Mieterinnen und Mieter. Wir können aber auch nicht einfach sagen: Soll'n mal. – Insofern sage ich nur: Es gilt für uns alle: Raus aus der Komfortzone. Ich sage das in die Richtung von dieser Seite des Tisches, Richtung Opposition.

Wir diskutieren ganz oft über die Mobilitätswende, und ich weiß – zum Teil sitzen Sie auch im Mobilitätsausschuss –, dass wir uns in diesem Haus bei ganz vielen Punkten einig sind. Bei der Entsiegelung, dem Grünflächenschutz und dem ÖPNV-Ausbau sind wir uns einig. Jedes Mal, wenn wir darüber reden, dass es weniger Autos werden müssen, fangen die Debatten wieder an. Dann können wir immer noch darüber reden, wie wir das hinkriegen, weniger Autos, mit welchen Mitteln, aber ohne Pushfaktoren wird es nicht gehen. Wenn wir nur über Angebotserweiterung gehen, wird es nicht schnell genug gehen. Das macht diese Studie mehr als deutlich. Das ist Ihre Komfortzone, sage ich in Richtung Ihrer drei Parteien. Ich hoffe, ich habe niemanden ausgenommen.

Ein letztes Wort zur Komfortzone, Bündnis für Wohnungsbau: Das Thema wurde angesprochen. Im Bündnis für Wohnungsbau haben wir deutlich gemerkt, wo die Grenzen sind. Ich finde es einen guten ersten Schritt. Es ist bei Weitem nicht das geworden, was es bräuchte, um auf dem Sektor auch mit der privaten Wohnungswirtschaft weiterzukommen. Den landes-

eigenen Unternehmen können wir Vorgaben machen. – In Klammer: Die zahlen wir am Ende aus Steuergeldern, aber wir können ihnen Vorgaben machen. – Dann merkt man schon, dass es ein paar hart erkämpfte, konkrete Vereinbarungen mit dem Bündnis gibt. Es gibt einen ganzen Bereich, da stehen schöne Ziele drin, und das ist alles, wo es um ökologisches Bauen und auch um energetische Sanierung geht, auch um Wärme. Da stehen alle schönen Ziele drin, aber die sind alle nur unverbindliche Absichtserklärungen geworden. Da war im ersten Schritt nichts verbindlich drin. Das muss man auch mal konstatieren. Es gibt eine Sache darin, von der ich tatsächlich glaube, dass eine Art Pilotlösung davon ausgehen kann. Wir hatten eine Arbeitsgruppe zum Thema energetische Sanierung und Milieuschutzgebiete vereinbart. Genau da ist es am schwierigsten, das zusammenzubringen, was Ferat Koçak, aber auch die andere Seite dieses Hauses sehr gern zusammenbringen möchte: soziale Mieten und energetische Sanierung. Das ist in Milieuschutzgebieten am schwierigsten, am herausforderndsten. Da gab es ein paar Lösungsideen. Die konnten in dem Bündnis, erster Schritt, nicht konsentiert werden. Dazu soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Ich hoffe sehr, dass das bald passiert. Federführung hat die Senatsbauverwaltung. Auch das gilt für uns alle: Wenn wir nicht in die Zielkonflikte reingehen, dann werden wir das nicht erreichen.

Jetzt komme ich zum Klimaausschuss des Senats, der Klimagovernance: Wir haben sie eingerichtet. Darüber freue ich mich sehr. Das ist wirklich ein wichtiger erster Schritt. Wir sind nicht so weit, dass wir einen Automatismus vereinbaren konnten, Herr Hirschl, von wegen: Wenn Ziele verfehlt werden, gibt es automatisch die und die Maßnahme oder am besten noch Sanktionen für einzelne Senatsressorts. – Das haben wir nicht vereinbart. Das finde ich auch nicht sinnvoll. Was wir entscheidend vereinbart haben: Klimaschutz ist eine Gesamtverantwortung dieses Senats. Das heißt, der gesamte Senat scheitert, wenn es uns nicht gelingt nachzusteuern, wenn wir merken, dass wir Ziele verfehlen.

Jetzt komme ich zu einem ganz wichtigen Punkt, und den möchten wir jetzt auch angehen: Sie haben gesagt, es kommt auf die nächsten fünf Jahre an. Wir haben ein Problem: Wir können nicht seriös ausrechnen, ob die vielen Maßnahmen, die wir in Berlin bereits veranlasst haben plus den Maßnahmen, die im nächsten Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, das wir gerade novellieren, das Ihnen hoffentlich in diesem Jahr noch vorlegt wird, auch hier im Abgeordnetenhaus, ausreichen werden, um im entsprechenden Zeitraum klimaneutral zu werden, unsere Sektorziele einzuhalten. Das kann Ihnen niemand seriös prognostisch vorausberechnen. Wir, Frau Dr. Karcher hier, haben mehrere Institute befragt. Das kann niemand machen, weil alles mit allem zusammenhängt, weil es damit zusammenhängt, was der Bund jetzt in Sachen Erneuerbare und in Sachen Vorgaben macht, die wir nur im Bund machen können, weil die Dinge alle kommunizierende Röhren sind, weil man nicht sagen kann, welche Wirkung eine Maßnahme allein in diesem Gesamtset hat. Was wir aber machen können, und das ist das Entscheidende, das hat uns auch das Verfassungsgericht 2021 gesagt: Auf die konkreten Maßnahmen der nächsten fünf Jahre, zehn Jahre wird es ankommen. Wenn wir jetzt Hebel umlegen, lösen wir Entwicklungen aus, die eine Dynamik kriegen, die irgendwann hochlaufen können. In welchem Maß und wie schnell können wir heute nicht ganz genau sagen, aber wir müssen den Hebel an zentralen Punkten umlegen. Dann laufen auch Dinge hoch. Dann gibt es Entwicklungen, die man dann nicht mehr einfach umkehren kann, und das ist die Hoffnung, die ich habe. Deswegen wollen wir im nächsten BEK damit anfangen, nicht einfach nur Ziele und Maßnahmen festzuschreiben – das tun wir jetzt schon, es gibt das BEK schon, und da stehen wirklich gute Sachen drin, das muss ich auch mal sagen, wir sind hier in Berlin schon auf dem Weg –, sondern wir wollen quantifizierbare Maßnahmen, weil Ihnen bis

jetzt niemand diese konkreten Zahlen, wann, wie und mit welchen Maßnahmen wir klimaneutral werden, seriös ausrechnen kann. Wir können aber sagen, was wir uns konkret vornehmen. Was soll es konkret sein in Sachen Parkplätze, Parkraumbewirtschaftung, energetischer Sanierung, Entsiegelung? Wie viel, bis wann und mit welchen Mitteln nehmen wir uns konkret vor? Das heißt wir machen uns messbar, und das ist ein ganz entscheidender Punkt für eine Klimagovernance.

Dann kann ich nur sagen, jede Art von Radikalität beim Thema Klimaneutralität ist mir hochwillkommen, aber Radikalität bedeutet eben nicht nur das Festschreiben von abstrakten Zielzahlen, sondern es bedeutet Radikalität in der Umsetzung, in dem Reingehen in die Fragen, wie wir es hinkriegen und dann vielleicht auch eigene Überzeugungen noch einmal genau anschauen, wenn man merkt, man käme auf anderen Wegen schneller voran. – Das zu dem großen Politischen. Jetzt will ich noch ganz kurz ein paar konkrete Sachen sagen, die jetzt angesprochen worden sind, möglichst kurz, denn das war nur ein Teil der ersten Frageunde, wenn ich es richtig sehe.

Zur Fachkräfteinitiative kann ich nur sagen: Wir haben einen ersten Anstoß bei uns im Haus genommen und haben dazu den Wirtschaftssenator und die Arbeitssenatorin mit eingeladen, weil wir auch so etwas nur gemeinsam hinkriegen können. Wir im Haus sind eher die, die die Azubis und die Fachkräfte dringend brauchen, aber eigentlich nicht für deren Aus- und Fortbildung zuständig sind. Wir haben einen gemeinsamen Anstoß genommen. Da kamen ein paar interessante Punkte heraus. Katja Kipping wird uns nächste Woche im Klimaausschuss berichten, wie es weitergeht. Ich glaube, ganz wichtig ist, Herr Hirschl, nicht nur Ausbildung, denn das ist ein längerfristiger Prozess. Natürlich brauchen wir auch Gymnasiasten, wir brauchen auch Studierende, die feststellen, dass das Studium nichts für sie ist, denn auch die Handwerksberufe, die wir brauchen, sind heutzutage technisch und IT-mäßig anspruchsvoll. Wir können durchaus Akademikerinnen und Akademiker oder Leute, die dachten, dass sie lieber eine akademische Laufbahn einschlagen wollen, dringend für das Handwerk brauchen, völlig richtig. Wir werden aber auch Fortbildungen brauchen, denn es gibt Handwerksberufe wie die Schornsteinfeger, um nur ein Beispiel zu nennen, die sich im Zeichen des Ausbaus der Erneuerbaren und der Wärmewende gerade drastisch verändern. Die brauchen wir aber. Wenn wir sie fortbilden, können es Solarteure oder Energieberater werden, und damit meine ich auch die Leute, die jetzt schon im Job sind. Ich setze auf eine kurze Fortbildung und nicht nur auf eine dreijährige Ausbildung, für die wir erst Leute begeistern müssen. Kurzum: Mir ist ganz wichtig, Aus- und Fortbildung in den Fokus zu nehmen.

Zum Thema Gas, Gasnetz, Gasinfrastruktur und zur direkten Frage von Herrn Reifschneider, wie es denn da weitergeht – da kann ich nur sagen: Ganz entscheidend ist, ob wir als Land einen strategischen Hebel in die Hand kriegen. Das gilt für das ganze Thema Gasnetz, Vattenfall, Gaswerk. Darüber gibt es gerade Gespräche, weil zum einen die Gasnetzkonzession ausläuft und das Land sich wirklich entscheiden muss, ob wir die kündigen oder einfach weiterlaufen lassen, wie wir damit umgehen, und zum anderen weil Vattenfall seine Verkaufsabsichten vor einigen Monaten öffentlich gemacht und das eine ganz Reihe von Überlegungen ausgelöst hat. Da sind wir dran. Das werde ich hier, dafür werden Sie Verständnis haben, nicht näher ausbreiten. Ich sage nur einen Punkt: Der entscheidende Punkt ist nicht: Ist privat besser, ist öffentlich besser? Kann es nur der Staat? Können es nur die Privaten? Das sind die alten Denkmuster, in den wir meiner Meinung nach nicht mehr weiterkommen. Entscheidend ist, ob wir als Land einen strategischen Hebel in die Hand kriegen. Nur davon möchte ich die

Beantwortung dieser ganzen Fragen, auch Investitionsfragen oder Konzessionsvertragsverhandlungen, abhängig machen. Ich möchte wissen, wie wir als Land einen Hebel in die Hand kriegen. Das interessiert mich. Ob das dann eine kooperative Lösung ist, eine strategische Partnerschaft, eine Rekommunalisierung, eine teilweise Lösung – für mich steht das alles unter dem Vorbehalt: Wie viel strategischen Hebel bringt es uns?

So viel sei schon dazu gesagt: Ich finde es ein bisschen ärgerlich, dass ein Konzern wie Vattenfall, die uns jahrelang gesagt haben, sie sind an unserer Seite, sie haben ehrgeizige Klimaneutralitätsziele, sie wollen die Dekarbonisierung der Fernwärme sogar noch schneller als das Land Berlin, um klimaneutral werden, haben da ehrgeizige Pläne, in dem Moment, wo klar wird, dass man massiv investieren und jetzt im Zeichen der Gas-, der Energiekrise eventuell umsteuern muss, Stichwort modulares Gaskraftwerk, sagt, dass sie dann lieber ganz aussteigen wollen. Das ist ärgerlich, denn es wird Investitionen brauchen. Alles weitere werden wir an anderer Stelle sagen. Wer auch immer gedenkt, dort einzusteigen, muss sich klarmachen, dass wir in den nächsten Jahren investieren müssen. Man kann es nicht einfach weiterbetreiben, denn die Dekarbonisierung der Fernwärme steht ganz oben auf der Agenda.

Zum Thema Ladeinfrastruktur usw.: Ich habe schon gesagt, das habe, glaube ich, deutlich genug gesagt, dass wir an der Elektrifizierung der Fahrzeuge, wir reden vor allem von den Pkws, die künftig hier noch rumfahren, dran sind. Das wird nur funktionieren, wenn wir nicht davon ausgehen, dass alle Leute, die heute ein Auto haben und sich in Zukunft eines kaufen, das immer tun werden, weil alle weiter mit dem Auto unterwegs sind. Auch hier: Es müssen weniger werden und die elektrisch und mit einer zuverlässigen Ladeinfrastruktur. Hier haben wir eine geteilte Zuständigkeit. Mein Haus ist nur für den öffentlichen Raum zuständig. Für den halböffentlichen und privaten Raum ist es die Wirtschaftsverwaltung.

Herr Reifschneider! Ich habe einen Dissens. Ich glaube, dass wir durch die Übertragung der Zuständigkeit für den Ausbau an die Stromnetz Berlin einen gordischen Knoten durchschlagen hatten, denn solange es ein Privater, die Allego, gemacht hat, hatten wir ein Problem, dafür kann die Allego vielleicht gar nichts: Wir hatten ein Bestellerprinzip. Das heißt, wenn jemand sich ein Elektroauto zulegen wollte, dann konnte er anmelden: Ich hätte gern in meiner Nähe im öffentlichen Straßenraum eine Ladesäule. – Auf die Weise kann man keine sinnvolle gesamtstädtische Planung angehen, und darum ging es extrem langsam voran. Mit der Stromnetz können wir das jetzt anders angehen, können gesamtstädtisch planen: Wo braucht es Schnellladepunkte, wo braucht es die nicht?

Halböffentlicher Raum: Dazu würde ich die Kiezgaragen, die Herr Hirschl gerade genannt hat, zählen. Das finde ich auch eine attraktive Idee. Das ist überall dort besonders spannend, wo jetzt neue Quartiere gebaut werden. Ich war neulich bei einem Quartier, das die GESOBAU in Marzahn-Hellersdorf errichtet. Da gibt es zwei solcher Quartiersgaragen, jeweils am Rand der Quartiere. Das bedeutet, ganz wichtig: Neuer Wohnungsbau kommt dann auch denen zugute, die in der Nachbarschaft wohnen, denn in diesen Quartiersgaragen gibt es Ladepunkte, und da können auch die Nachbarn, die schon seit 20 Jahren vor Ort wohnen, ihre Elektroautos laden. Das ist ein ganz wichtiger Ansatz, überall mitdenken, wo neue Quartiere entstehen. Ähnliche Verhandlungen führen wir gerade mit Siemensstadt, denn es ist angesichts dessen total Retro, was nötig ist, Tiefgaragen anzulegen, die privatisiert sind, die die Leute dazu bringen, immer weiter mit dem Auto den eigenen Einkauf ins eigene Haus zu fahren, alles, wie man es sich früher vorgestellt hat, anstatt solche Quartiersgaragen mit halböffent-

fentlichen Ladepunkten für alle einzurichten, wo alle drankommen. Die Siemensstadt ist ein Ort, an dem viele Leute arbeiten und einkaufen werden. Es braucht öffentliche Ladeinfrastruktur. Das finde ich einen wichtigen Punkt. Da geht ganz sicher noch mehr, wie bei allem, über das wir hier reden, noch mehr gehen kann und noch mehr gehen muss. An dieser Stelle mache ich erst mal Schluss. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Senatorin! – Jetzt sind auf der Liste Frau Lerch, Herr Freymark, Herr Hansel, und ich habe mich auch auf die Liste gesetzt. Herr Reifschneider, ich habe Sie gesehen. – Frau Lerch, Sie haben das Wort! – Bitte!

Nina Lerch (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir haben jetzt schon so viel gehört. Vor allem die energetische Sanierung im Bestand ist etwas, was mich sehr umtreibt. Ich bin sehr gespannt, wie Berlin das angeht und schaffen will.

Zum Stichwort kommunale Wärmeplanung: Ich habe zwei ganz konkrete Fragen zu zwei Annahmen in der Studie. Könnten Sie zur Annahme der Sanierungstiefe von 95 Prozent sagen, ob das eine reine Annahme ist? Geht man davon aus, dass, wenn Menschen ihre Häuser sanieren, sie ihre Häuser dann auf jeden Fall zu 95 Prozent sanieren?

Das Zweite ist, dass davon ausgegangen wird, dass wir 2050 keinen Müll mehr verbrennen. Mich würde interessieren, wie es miteinander berechnet wird, wie wir dahin kommen. Deswegen geht die Frage auch an den Senat.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Lerch! – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Viele Themen sind bereits sehr intensiv diskutiert. Ich glaube, was einmal mehr deutlich wird, ist, dass wir zum Glück kein Erkenntnisproblem mehr haben, sondern ein tatsächliches Umsetzungsdefizit, was wir auch regelmäßig hier diskutieren. Ich will daran erinnern, dass es immer noch eine gute Idee sein kann, dass wir die Arbeit, die wir hier im Umweltausschuss leisten, möglicherweise in eine Enquetekommission transferiert kriegen, die dann auch das Thema Brandenburg stärker mitbeleuchtet, die aber auch anderen Senatsverwaltungen und anderen Kolleginnen und Kollegen unserer Senatorin, Frau Jarasch, die Gelegenheit, aber auch die Notwendigkeit geben kann, sich ein Stück weit erklären zu müssen. Denn wir diskutieren immer öfter auch im eigenen Saft, und Frau Jarasch ist dann möglicherweise im kompletten Senat nicht immer in der Lage, jede Position, die wir hier gerne vertreten sehen würden, auch durchzusetzen. Das ist ein Thema, was gesamtparlamentarisch weiterhin akut bleibt.

Die Studie, Herr Prof. Dr. Hirschl, hat uns sehr geholfen, viele Dinge noch besser zu verstehen oder auch bestätigt zu bekommen. Deswegen ist für mich fast die wichtigste Frage, wie es für Sie und Ihre Studie weitergeht. Gibt es eine Folgebeauftragung, eine Fortschreibung? Sehen wir uns möglicherweise dann erst in zehn Jahren wieder? Gibt es eine Idee seitens des Senats und von Ihnen, Herr Prof. Hirschl, ob es eine Fortschreibung gibt? – Ich halte das für sehr interessant.

Weil wir sagen, raus aus der Komfortzone: Natürlich sind hier heute ein, zwei Themen genannt worden, die, glaube ich, auch parlamentarisch sehr hart diskutiert werden. Das Thema Kiezparkhäuser sorgt, wie ich weiß, nicht bei jedem aus der Koalition für Begeisterungstürme. Wir als CDU-Fraktion haben aber die Auffassung, dass ich die Klimaneutralität – ich sage das jetzt einmal verkürzt – nicht auf dem Rücken der Autofahrer austragen kann, sondern Angebote schaffen muss, die man de facto nicht ablehnen kann. Ich bin voll bei Ihnen, dass der Umweltverbund die Number One ist, genauso wie die Themen Rad- und Fußverkehr, aber es gibt nun einmal auch eine Infrastruktur, die hier per Pkw und Lkw stattfindet. Denen muss man Antworten und Möglichkeiten geben. Einige sind genannt worden. Das Thema Kiez-

parkhäuser und die Thematik von Sharingangeboten usw. finde ich gut. Das brauchen wir, glaube ich, jetzt nicht im Detail diskutieren. Es hat aber meine volle Zustimmung.

Das wichtigste Thema für uns als CDU-Fraktion ist tatsächlich die Gebäudesanierungen. Wir ärgern uns seit Jahren, dass die Quoten immer um 1 Prozent stagnieren. Wir wünschen uns, wie in der Studie empfohlen, eine deutliche Steigerung, mindestens eine Verdopplung. Die Idee mit den 300 Fachkräften pro Jahr, die ausgebildet werden müssen, teilen wir. Das kann eine Aufgabe der Privaten sein, mit denen man dazu Verträge oder Vereinbarungen treffen muss. Es kann aber auch eine Idee für die 56 landeseigenen Gesellschaften sein. Ich weiß, dass die Wasserbetriebe und damals auch die Bäder-Betriebe Sorge hatten, überhaupt noch geeignetes Fachpersonal zu finden und dann überlegt haben, als landeseigene Gesellschaften dafür einen eigenen Pool an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzubauen. Auch in diese Richtung wollen wir Sie bestärken, liebe Frau Senatorin, weiter zu denken und uns vielleicht regelmäßig einen Bericht zu geben, wie die Entwicklung in dieser Frage ist. Das in der Kürze. Wie es mit der Studie weitergeht, wäre für uns interessant.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Jetzt ist Herr Hansel dran. – Bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Danke, Herr Prof. Hirsch! Wir sehen das ja ein bisschen anders. Ich will aber trotzdem sagen: Natürlich gibt es den Klimawandel, das ist klar. Wo wir eine Skepsis haben und was wir anders sehen, ist diese monokausale Reduzierung auf das CO₂-Dogma. Sonne und ozeanische Oszillation werden hier unterbelichtet. Hierzu gibt es ein schönes Buch, „Die unerwünschten Wahrheiten zum Klimawandel“. Das sollte sich vielleicht jeder einmal angucken. Darin sind gewisse abweichende Meinungen enthalten, aber es ist keine Leugnung, sondern es sind andere Auffassungen zu den Erwärmungen, die wir im Moment haben.

Das heißt – und das hat das Pariser Klimaabkommen ja gemacht –, mit der Festlegung auf eine Reduzierung auf 2 oder auf 1,5 Grad wäre das dann mit der Reduzierung von CO₂ die Klimaneutralität. Das ist problematisch. Erstens können die Pariser Ziele nicht global erreicht werden; das wissen wir, denn China hat einen Sonderstatus. Wenn wir, Deutschland, bis 2030 einsparen, entspricht das dem, was China an Zuwachs an CO₂ in einem halben Jahr hat. Insofern wird das global nicht funktionieren. Wir wissen auch, dass Berlin das Weltklima nicht retten wird. Unabhängig davon – dazu komme ich gleich – sind natürlich einige Maßnahmen, die in der Studie genannt sind, sinnvoll.

Was wir völlig ablehnen, sind diese Apokalyptik und die Panikmache, sollten die Klimaziele, die 1,5-Grad-Ziele, nicht erreicht werden. Das darf so nicht sein, denn das führt dann wieder zu bestimmten überzogenen Maßnahmen, was unter dem Stichwort Erziehungsdiktatur oder Ökodiktatur läuft. Ich glaube, das wollen wir alle nicht.

Berlin wird es nicht bis 2030 schaffen. Das hatten Sie gesagt. Wenn es später mit den Maßnahmen gelingen kann, einige Sachen zu machen, ist das völlig richtig. Wir gehen von gesundem Menschenverstand bei den Maßnahmen aus. Die energetische Sanierung ist immer hilfreich, Einsparungen sind immer hilfreich. Solar kann man machen, wo es geht. Auch Balkonsolar kann man machen, wenn man will. Man kann es vielleicht auch sogar fördern. Wir haben aber die Problematik des Fachkräftemangels, und wir haben das Problem der Kosten. Das

ist alles da. Was sinnvoll ist, ist auch Wind, mit Brandenburg. Das haben Sie gesagt. Das allein in Berlin zu realisieren, ist albern. Das hat die Frau Senatorin schon gesagt.

Geothermie: Es gibt Projekte in der Stadt. Ich habe neulich beim Verein Berliner Kaufleute und Industrieller gesehen, dass es die DIE AG gibt, die machen in Oberschöneweide eine Milliardeninvestition. Die würden zum Beispiel gerne – das Projekt kennen Sie wahrscheinlich auch – auf 3,5 km runterbohren, um die Wärme rauszuholen und damit 400 000 Haushalte zu versorgen. Das ist ein interessantes Thema. Alles das, was Sinn macht, soll man machen. Dazu gehören Wasserstoff und Elektrolyse natürlich auch. Das ist sicher alles richtig.

Was aber mit uns nicht zu machen ist, sind – die Senatorin hatte dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass sie das auch nicht möchte – Sanktionierungen beim Klimasenat und überhaupt Zwangsmaßnahmen. Die sind moralisch und politisch nicht gerechtfertigt. Wenn man davon ausgeht, dass die Rückführung auf 1,5 Grad nur mit der Reduzierung von CO₂ alleine nicht funktioniert, dann kann man diese Zwangsmaßnahmen nicht machen. Dirigismus, Zwangswirtschaft und Planwirtschaft sind kein Weg. Mehr Freiheit, gesunder Menschenverstand und die Maßnahmen, die ich eben genannt habe, das ist alles sinnvoll. Da wird man uns an der Seite finden.

Ein letztes Thema: Berlin hat eigentlich kein Wärmeproblem, sondern ein Kälteproblem. Wir sind in einer nördlichen Region. Wir haben Menschen, die im Winter an Kälte sterben, nicht an Wärme. Dazu ist es wichtig, dass wir natürlich auch in diesem Winter und in allen weiteren viel Energie haben – nicht nur Gas, sondern auch Strom –, weil sich die Leute Heizstromgeräte kaufen, das muss alles sein. Um diesen ganzen Strom herzubekommen – das sage ich jetzt auch noch einmal, auch wenn Sie es nicht hören möchten –, gehen wir davon aus, dass es eine Revitalisierung der Kernenergie geben muss. Das müssen aber keine Megakraftwerke sein, nichts Großes. Es gibt einen ganz neuen Stand der Forschung, auch in den USA, da gibt es Minikraftwerke, Nuklearkraftwerke. Das Thema Kernfusion steht an; das ist übrigens CO₂-neutral, wie wir wissen. Es wird also ein Umdenken geben. Auch die EU hat das erkannt, mit dieser Fazilität, dass dafür Gelder freigegeben werden. Es ist also einiges im Umbruch. Panik herausnehmen, kein Zwang, und alles wird gut.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Hansel! – Ich habe mich auch auf die Redeliste gesetzt. Jetzt wechsle ich meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum naturschutzpolitischen Sprecher der Grünen.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Ich habe zwei Fragen an Herrn Prof. Dr. Hirschl. Zuerst vielen Dank für die Studie! Die Studie heißt „Berlin Paris-konform machen“. Ich stelle mir die Frage, wie weit wir Berlin an das, was in Paris gemacht wird, anpassen müssen und was wir übernehmen würden. Sie wissen vielleicht, dass Paris in den letzten, vor allen 10 bis 15 Jahren den öffentlichen Raum ziemlich radikal neugestaltet hat. Man hat entsiegelt, hat viele Bäume angepflanzt, im Vergleich zu uns. Ich rede nicht von Straßenbäumen, sondern insgesamt. Das als Einleitung.

Zu meinen Fragen: Warum haben Sie das Thema Landwirtschaft nicht in Ihre Studie einbezogen? Sie wissen ja, dass 20 bis 25 Prozent der klimaschädlichen Gase durch die Landwirtschaft entstehen und Berlin mit 3,7 Millionen Personen die größte Konsumentenstadt in Deutschland ist.

Zum Thema Stadtgrün bzw. Klimaanpassung: Wenn wir von Klimaneutralität reden, dann müssen wir auch das Stadtgrün deutlich stärken, damit wir das als CO₂-Speicher nutzen können. Das würde mich interessieren. Das sind meine zwei Fragen.

Eine kurze Anmerkung: Es wird viel über die Gebäudesanierung gesprochen, aber es wird kaum darüber gesprochen, was alles verbaut wird. Das ist mittlerweile Sondermüll. Es sind viele erdölbasierte Produkte auf dem Markt, fast 90, 95 Prozent, die man als Sondermüll entsorgen muss. Das wird leider kaum thematisiert. Mich würde interessieren, was Sie dazu sagen.

Noch eine dritte Frage habe ich, weil wir darüber gesprochen haben, dass schnelle Maßnahmen nicht von heute auf morgen umzusetzen sind. Welche Maßnahmen stellen Sie sich vor, die man kurz-, mittel- und langfristig umsetzen könnte, um Berlin so schnell wie möglich Paris-konform zu machen? – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Jetzt bin ich wieder der Ausschussvorsitzende. Es gibt eine weitere Wortmeldung von Herrn Reifschneider. Aufgrund der Zeit würde ich ihn drannehmen, wenn es kurz ist, dann müssen wir keine zweite Runde aufmachen. – Bitte, Herr Reifschneider!

Felix Reifschneider (FDP): Ich ziehe zurück!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Gut, danke schön! – Jetzt würde ich das Wort an Herrn Prof. Dr. Hirschl geben und dann, wenn gewünscht, auch an den Senat. – Bitte, Herr Prof. Dr. Hirschl!

Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Vielen Dank für die Fragen! Ich starte nach der Reihenfolge. Das Thema der energetischen Sanierung hat die Herausforderung, dass das die letzten zwanzig, mindestens die letzten fünfzehn Jahre zurückgegangen ist. Wir haben eine gute Tradition seit den Achtzigerjahren, dann ist es deutlich zurückgegangen. In den Neunzigerjahren gab es die große Sanierungswelle, insbesondere im Osten. Ab 2000 ist das deutlich abgeflaut. Seit 2010 ist viel zu wenig passiert. Jetzt läuft die Zeit davon. Das heißt, alles, was wir jetzt anfassen, sollte und darf eigentlich nicht noch einmal angefasst werden.

Wir unterscheiden bei der Sanierung die Sanierungsrate, das ist die Sanierungsintensität, wie viele Gebäude wir pro Jahr anfassen, und die Tiefe ist das Niveau, auf dem wir das machen. Deswegen müssen wir, wenn wir jetzt sanieren, klimaneutral sanieren, weil wir die Gebäude in der verbleibenden Zeit nicht noch einmal anfassen. Dem stehen Einzelmaßnahmen nicht entgegen. Es müssen und sollen nach wie vor auch Einzelmaßnahmen durchgeführt werden können, die nicht die entsprechende Reichweite haben. Die müssen aber in ein Sanierungskonzept eingebettet sein, was in Ergänzung mit weiteren Einzelmaßnahmen, die dann noch folgen, tatsächlich eine Klimaneutralität erreichen kann. Das ist im Übrigen konform mit dem, was auf der EU-Ebene und im Moment in Richtung Förderpraxis diskutiert wird. Wir haben zum Beispiel jetzt Förderungen, die gar nicht mehr auf einem einfachen EnEV-Niveau, so wie das früher vor dem GEG war, stattfinden. Wir haben nur noch höhere Ambitionsniveaus, die in der Förderung drin sind. Das ist auch richtig so.

Zum Thema Müllverbrennung: Auch da sind wir soweit in der Zukunft unterwegs, dass wir davon ausgehen, dass die Politik ihre Vorhaben ernst nimmt. Das Vorhaben, das eine Müllverbrennungsvermeidung ermöglicht, ist, dass eine Kreislaufwirtschaft entsteht. Wir brauchen eine Kreislaufwirtschaft. Wir sind da auch an Punkten, die Sie vorhin mit angesprochen haben. Die Kreislaufwirtschaft rechnet sich umso mehr, je teurer die Rohstoffe werden. Umso mehr Augenmerk wird darauf gelegt, umso mehr rechnet es sich, die Dinge wiederzuverwerten, zu recyceln usw. Eine Grundvoraussetzung für die Kreislaufwirtschaft ist aber, dass ich die Produkte von vornherein so designe, dass sie überhaupt reparierbar werden, dass Dinge ausgetauscht werden können. Das läuft natürlich nur auf der europäischen Ebene. Die EU hat sich eine Circular Economy vorgenommen. Sie will mit Richtlinien vorangehen. Die Öko-Design-Richtlinien sind dafür die Grundlagen. Sie müssen für alle möglichen Produktgruppen so entwickelt werden, dass das ermöglicht wird. Im Zusammenklang mit der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und den entsprechenden Produktions- und Designvorgaben ist eine Kreislaufwirtschaft tatsächlich denkbar.

Wenn Sie am Ende Verbundprodukte haben – da komme ich wieder zu diesen wunderbaren Technologien Plasmalyse, Pyrolyse, mit denen Sie die restlichen Verbundstoffe aufschlüsseln können, die im Idealfall organischen Ursprungs sind, die Sie aber nicht so einzeln zerlegen können –, können Sie damit auch wieder Kohlenstoffe, Wasserstoff usw. einzeln daraus gewinnen. Insofern sind das im Moment, glaube ich, Lösungswege, sowohl regulativ als auch technologisch, die aufzeigen, dass das möglich ist. Wenn wir das ernst nehmen, können wir das auch für die langfristigen Szenarien miteinrechnen. Sie werden die Müllmengen so mindern, dass Sie damit Kraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betreiben können. Heute ist es im Wesentlichen in den meisten Fällen auch nur dann wirtschaftlich, wenn zugefeuert wird. Wir werden die Kraftwerke zur Zufeuerung in Zukunft nicht mehr haben, Kohlekraftwerke etc.

Ich mache mit den inhaltlichen Fragen weiter, die vom Vorsitzenden in seiner anderen Rolle kamen. Das bezieht sich im Wesentlichen auf die Frage der Bilanzierungsebene. Wir sind bei all diesen Studien – ich hatte das gezeigt – in der Quellenbilanz und in der Verursacherbilanz unterwegs. Die nennt man in der Bilanzierungssprache Scope 1 und Scope 2. Was noch dazu kommt, sind die ganzen Vorketten und indirekten Effekte. Das ist alles das, was durch unsere Konsumnachfrage entsteht, was aber außerhalb unseres Territoriums stattfindet. Wenn wir also die Produkte nicht mehr hier produzieren und das Ganze nach China verlagert und dort mit schlechteren Umweltstandards produziert wird, dann ist der Umwelt nicht geholfen. Es taucht aber bei uns in der Bilanzierung nicht auf, weil das der Scope 3 ist. Das heißt, in den Studien adressiert man im Wesentlichen die Dinge, die hier im Territorium passieren.

Das heißt aber nicht, dass man für die globale Klimaneutralität, diese Scope 3-Ebene, zumindest auf der Ebene der Maßnahmen nicht adressieren muss. Das haben wir durchaus getan. Das findet sich schon im BEK. Das findet sich in unserer Studie, und auch in der aktuellen BEK-Überarbeitung ist das drin. Wir haben jetzt nämlich das Handlungsfeld. Deswegen sprechen wir explizit von Handlungsfeldern und nicht von diesen statistischen Sektoren, im Handlungsfeld Konsum, wo nachhaltiger Konsum, Ernährungsfragen, die Frage, wie wir mit einzelnen Themenfeldern umgehen, adressiert werden. Dieses Scope 3 ist nicht wirklich gut abbildbar. Da sind wir bei der Wissenschaft noch an der Grenze dessen, was wir abbilden können. Wir sind aber auch vonseiten der Wirtschaft an der Grenze, weil die nicht zu jedem Produkt, was teilweise aus Hunderten von Vorprodukten besteht, die genauen Lieferketten und

damit die genauen CO₂-Wirkungen abbilden können. Das kann man sich vielleicht in ferner Zukunft irgendwann, wenn alles durchdigitalisiert ist, vorstellen, aber bei volatilen Zulieferbezügen zum Beispiel ist das nicht präzise. Insofern ist das schwer abzubilden.

Das ist aber auch gar nicht nötig, denn wir kennen die großen, dicken Fische aus dem Bereich von nachhaltigem Konsum; Sie haben schon einige angesprochen. Im Bereich Ernährung und Landwirtschaft ist es Fleisch, ganz klar. Im Bereich Bauen sind es die ganzen Baustoffe. Wir müssen an solche großen Themen ran, müssen die Ernährung klimafreundlicher umstellen und damit auch das Thema Fleisch und eine fleischalternative oder fleischarme Ernährung adressieren. Beim Thema Bauen sind es natürlich die Baustoffe. Auch da geht man regulativ den richtigen Weg, weil in Zukunft auch das Bauen mit ganzheitlichen Bilanzierungsmethoden adressiert werden soll. Wir brauchen natürlich alternative Baustoffe.

Sie haben Paris erwähnt. Vielleicht mal ein, zwei Schlagworte zu Paris. Paris hat insofern einen ganz wichtigen Schritt gemacht, indem man dort zum Beispiel Straßenraum für Fußgänger und Fahrradfahrer, aber auch als Erlebnisraum der Bevölkerung zur Verfügung gestellt hat. Das ist etwas, was wir hier in Teilen, in so einem Mikrokosmos in der Friedrichstraße und an anderen Stellen erproben. Das heißt, wenn man die Verbindung zur Lebensqualitätserhöhung hinbekommt, dann hat man die Möglichkeit, mit diesen Positiverfahrungen solche Modelle auszuweiten. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Schritt, wo man sich das eine oder andere in Paris angucken kann.

Zum Schluss: Der Kollege auf der linken Seite hat keine direkten Fragen gestellt, aber weil Sie den gesunden Menschenverstand so gerne bemühen: Die Mehrzahl aller Wissenschaftler – das sind über 99 Prozent – hat ihren gesunden Menschenverstand eingesetzt, um genau zu diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu kommen, nach denen wir heute die Klimapolitik betreiben. Die internationale Klimawissenschaft ist sich zu 99 Prozent einig, mit all dem gesunden Menschenverstand, der da reingeht. Wenn Sie den gesunden Menschenverstand auf die Frage konzentrieren, wodurch unsere Gesellschaft verwundbar ist, dann kommen Sie neben dem Klimawandel auch auf die Erkenntnis, dass wir durch die Situation der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen so verwundbar sind, denn die sind nämlich knapp. Sie können von einzelnen oligopolistischen Anbietern, wie wir das jetzt erfahren, offensichtlich so beeinflusst werden, dass die Preise in astronomische Höhen geraten. Dieser freie Markt, für den Sie gerne eintreten, hat hier nämlich eine große Verwundbarkeit, wenn ich unfreie oder leicht manipulierbare Marktbedingungen habe. Politisch Verantwortliche haben sich verpflichtet, Risiken vom deutschen Volk abzuwenden. Wenn Sie sich diese Verwundbarkeiten anschauen, kommen Sie zu dem Schluss, dass beim Klimawandel die Wahrscheinlichkeit so hoch ist, dass da ein Risiko besteht. Bei dieser Art von Rohstoffversorgung ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch. Wir sehen ja, dass die Verwundbarkeit gegeben ist. Schon allein aus diesen Gründen sagt der gesunde Menschenverstand, dass wir der Wissenschaft folgen und nach Alternativen suchen sollten.

Ich würde sehr gerne – da komme ich auf die Frage der Fortschreibung der Studie – als Wissenschaftler die Studie regelmäßig fortschreiben. Hier handelt es sich um eine Ausschreibung, ich bin dabei dem Vergaberecht unterworfen. Das heißt, wenn das Land Berlin das wieder ausschreibt und mit entsprechenden Mitteln untersetzt, werden wir uns gerne darauf bewerben. Wenn der Wettbewerb es zulässt, würden wir auch gerne die Nachfolge weiter bearbei-

ten. Wir sind aber auch ansonsten weiter an den Fragen dran. Wir machen am Institut nur Drittmittelforschung. Die Fortschreibung werden wir gerne mit angehen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank! – Gibt es vonseiten des Senats Wortmeldungen? – Frau Dr. Karcher, bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Vielleicht noch ein paar kleine Ergänzungen. Das eine ist die Frage, wie es mit der Studie weitergeht, ob es eine Folgebeauftragung geben kann. Ja, es kann theoretisch eine neue Ausschreibung geben. Wir werden uns anschauen, zu welchem Zeitpunkt das dann sinnvoll ist. Wir haben diese Studie sehr geschätzt. In der Frage, wie es weitergeht, finde ich auch den Aspekt wichtig, den Sie, Herr Prof. Hirschl, am Anfang erwähnt haben. Es ist tatsächlich vieles, was Sie in der Studie aufgezeigt haben, schon in die ersten Schritte der Umsetzung eingeflossen. Die Studie hat die Formulierung des Klimaschutz- und Energiewendegesetzes, der Novelle aus dem letzten Jahr, stark beeinflusst. Sie ist in den Senatsbeschluss zur Klimagovernance eingeflossen und fließt natürlich in die laufende Fortschreibung des BEK ein. Die Frage der Umsetzung läuft also.

Dann waren noch ein paar Fragen, die das Klimaschutz- und Energiewendegesetz berühren. Eine ganze Reihe der Fragen, was denn gemacht wird, kann man damit beantworten, dass Regelungen im Energiewendegesetz getroffen worden sind, beispielsweise die Frage der Konsequenzen aus der prognostizierten Zielverfehlung. Das Energiewendegesetz sieht vor, dass Sofortprogramme aufgelegt werden. Es gibt für die Ressorts keine Sanktionen in dem Sinne. Man kann vielleicht positiv davon ausgehen, dass sich alle bemühen und Ziele dennoch nicht erreicht werden. Was dann aber getan werden muss, ist, dass Sofortprogramme aufgelegt werden. Die entsprechenden Ressorts müssen dafür selbstverständlich Vorschläge vorlegen.

Es gab Fragen zur Wärmeversorgung. Dazu ist im Energiewendegesetz fortschrittlich festgelegt, dass eine ökologische Fernwärmeregulierung geschaffen wird. Die entsprechende Regulierungsbehörde ist im Aufbau. Das gesetzliche Ziel sind 40 Prozent Erneuerbare plus Abwärme in 2030 und eine klimaneutrale Fernwärme zwischen 2040 und 2045. Das sind wirklich ausgesprochen ambitionierte Ziele. Die gehen sogar noch deutlich über die Szenarien derjenigen Studie hinaus, die SenUMVK und Vattenfall zum Kohleausstieg, um sich das anzugucken, beauftragt hatten.

Zur Frage zu den Gebäuden: Auch dazu legt das Klimaschutz- und Energiewendegesetz ambitionierte Ziele fest. Auf der Grundlage des Gesetzes müssen Sanierungsfahrpläne erstellt werden, die natürlich konsequent und schnell umzusetzen sind. Der § 10 EWG Bln setzt ehrgeizige Standards für die Vorbildrolle der öffentlichen Hand. In den Bereich Gebäude fällt auch die PV-Ausstattung von Dächern. Es gibt eine Solarpflicht für die öffentlichen Dächer, an der gearbeitet wird.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Karcher! – Es hat sich Herr Kamrad gemeldet. – Bitte schön!

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK): Ich würde gerne noch eine Kleinigkeit zu der Frage von Herrn Altuğ und der Antwort von Herrn Prof. Hirschl nachtragen oder kommentieren. Es ist natürlich richtig, dass die Landwirtschaft im Rahmen des Konsum grundsätzlich

erst mal ein Scope 3 für uns ist. Natürlich können wir als Berlin aber im Rahmen unserer Ernährungsstrategie diesen Konsum beeinflussen. Ich nenne hier beispielhaft unsere Maßnahmen, wenn wir über die Lebensmittelverschwendung reden oder wenn wir darüber reden, wie wir die Gemeinschaftsverpflegung über die Ernährungsstrategie in unseren Kantinen, aber auch in unseren Schulen verbessern. All das hat dann schon einen Einfluss, für den wir hier einen Hebel haben, vielleicht stärker als Konsumenten denn als Landwirte. Insofern möchte ich erwähnen, dass die Ernährung hier eine Rolle spielen kann und wir zum Teile einige Ernährungsprojekte im BEK haben.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön, Herr Kamrad! – Herr Hansel hat sich gemeldet. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit – wir hätten um 12 Uhr mit der Sitzung zu Ende sein müssen – würde ich Sie darum bitten, dass Sie sich kurzfassen. – Bitte schön!

Frank-Christian Hansel (AfD): Ganz lieben Dank, Herr Vorsitzender! – Noch einmal, Herr Prof. Hirschl, zu den 99 Prozent: Es sind 97 Prozent. Auf Seite 271 in dem Buch „Unerwünschte Wahrheiten. Was Sie über den Klimawandel wissen sollten.“ wird auf drei Seiten ausgeführt, dass es so einfach, wie Sie es sich machen, leider nicht ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen, Herr Prof. Hirschl, im Namen des Ausschusses ganz herzlich danke sagen. Ich schlage vor, den Punkt 3 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit Einvernehmen? – Ja. Gut, dann machen wir das so. Dann sind wir mit dem Punkt 3 der Tagesordnung fertig.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.